

# **Beschlussbuch SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011 Inhaltsverzeichnis**

## **B | Bildungspolitik**

<b>Bo01</b>	<b>Gute Schule – Gute Bildung</b>	<b>3</b>
<b>Bo02</b>	<b>Bildung im künstlerischen und sportlichen Bereich</b>	<b>5</b>
<b>Bo03</b>	<b>Abschaffung der Studiengebühren in Niedersachsen – Jetzt!</b>	<b>5</b>
<b>Bo04</b>	<b>Sozialarbeit auch in Gymnasien</b>	<b>5</b>
<b>Bo05</b>	<b>Startchancen für Kinder</b>	<b>5</b>
<b>Bo06</b>	<b>Förderung der Sprachkompetenz von Kindern (und Eltern) mit Migrationshintergrund</b>	<b>5</b>

## **D | Demokratie**

<b>Do01</b>	<b>Demokratie als Lebensform</b>	<b>6</b>
-------------	----------------------------------	----------

## **E | Energiepolitik**

<b>Eo01</b>	<b>Atomausstieg jetzt</b>	<b>10</b>
<b>Eo02</b>	<b>Sicherheitsanforderungen für die Endlagerung von wärmeentwickelnden radioaktiven Abfällen</b>	<b>11</b>
<b>Eo03</b>	<b>Förderung der regenerativen Energien durch die öffentliche Hand in Kommunen, Land und Bund</b>	<b>11</b>
<b>Eo04</b>	<b>Keine CO<sub>2</sub>-Einlagerung in Niedersachsen</b>	<b>11</b>
<b>Eo05</b>	<b>Ausstieg sofort – Endlagerfrage lösen!</b>	<b>12</b>
<b>Eo06</b>	<b>Resolution zum Atom-Ausstieg</b>	<b>12</b>
<b>Eo07</b>	<b>Desertec in die Wüste schicken!</b>	<b>12</b>

## **F | Finanzpolitik**

<b>Fo01</b>	<b>Steuern gerecht weiterentwickeln</b>	<b>13</b>
<b>Fo02</b>	<b>Abbau der Staatsverschuldung und mehr Steuergerechtigkeit durch Stärkung der Finanzverwaltung</b>	<b>14</b>

## **G | Gesellschaft, Gesundheit und Soziales**

<b>Goo1</b>	<b>Rente mit 67</b>	<b>15</b>
<b>Goo2</b>	<b>Flankierende Maßnahmen zu "Hartz IV"</b>	<b>16</b>
<b>Goo3</b>	<b>Patientenschutz</b>	<b>16</b>
<b>Goo4</b>	<b>Keine Kriminalisierung der SJD-Die Falken! Für eine pluralistische Demokratie!</b>	<b>16</b>
<b>Goo5</b>	<b>Erste-Hilfe-Kurs als Pflicht</b>	<b>16</b>
<b>Goo6</b>	<b>Familienhilfe</b>	<b>17</b>
<b>Goo7</b>	<b>Paritätische Selbstverwaltung in der gesetzlichen Sozialversicherung sicherstellen – keine Bevorzugung von Arbeitgebern!</b>	<b>17</b>
<b>Goo8</b>	<b>Freigabe außerorts befindlicher Radwege für einspurige Kraftfahrzeuge, deren Höchstgeschwindigkeit auf 45 km/h beschränkt ist</b>	<b>17</b>

## **I | Internationales**

<b>Ioo1</b>	<b>Zur Lage in Afghanistan: Von der militärischen Strategie abkehren!</b>	<b>18</b>
-------------	---	-----------

Das Beschlussbuch beinhaltet die Beschlüsse sowie die weitergeleiteten Materialien.

# Beschlussbuch

## SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011

### Inhaltsverzeichnis

#### K | Kommunal- und Landespolitik

K001	Zukunftsfähige Kommunen - solidarisch finanziert	19
K002	Privatisierungen stoppen – Rekommunalisierung von Infrastruktur der Daseinsfürsorge ermöglichen	19
K003	Finanzielle Situation der Kommunen	19
K004	Let's talk about age – Kommunalwahl analysieren – Strukturen überprüfen	19
K005	Gewerbesteuer stärken – keine Kleinstaaterei bei gemeindlichen Steuern!	20

#### O | Organisationsfragen

O001	Gemeinsame Finanz- und Personalplanung	21
------	--	----

#### W | Wirtschaftspolitik

##### Allgemein

---

W001	Die Zukunft des Öffentlichen Personennahverkehrs sichern	22
W002	Antrag zur Synchronisierung der Leiharbeit	24
W003	Bezahlung der Arbeitnehmer in der Arbeitnehmerüberlassung	24
W004	Güterverkehr von der Straße auf die Schiene	24
W005	Schluss mit der Privatisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Sozialisierung von Verlusten - Bewahrung der kommunalen Entsorgungsverantwortung in der Kreislaufwirtschaft	25

##### Agrarpolitik, Verbraucherschutz

---

W006	EU-Agrarreform 2013 - Mehr Nachhaltigkeit in der Agrarpolitik	26
W007	Erzeugung und Vermarktung von Lebensmitteln wirksam kontrollieren	26
W008	Gesunde Ernährung – gesunde Landwirtschaft	27
W009	Verbraucherpolitik stärken für gute und sichere Lebensmittel	28

#### S | Satzung

S001	Änderung des Organisationsstatuts des SPD-Bezirks Hannover	31
S002	Stimmrecht für Vertreter/Innen der Arbeitsgemeinschaften	31

#### INI | Initiativanträge

INI001	„Gute Pflege für alle - wertvolle Pflege sichern“	32
--------	---	----

# **Beschlussbuch**

## **SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011**

### **B | Bildungspolitik**

---

#### **Antrag Nr. B001**

#### **Gute Schule – Gute Bildung**

Das Konzept der Guten Schule der SPD Landtagsfraktion wird weiter verfolgt und fortentwickelt. Es soll Bestandteil des Wahlprogramms für 2013 werden. Nachdem der Landesparteitag bereits Eckpunkte zum Thema Inklusion beschlossen hat, sind folgende Punkte besonders wichtig:

#### **1. Schulische Sozialarbeit**

Schulische Sozialarbeit soll an allen Schulen möglich sein. Schulische Sozialarbeit gehört zum Gesamtbild einer guten Schule, sie ist deshalb Landesaufgabe.

Zu einem Gesamtbild gehören neben der Schulsozialarbeit auch die Schulpsychologie und die Beratungslehrkräfte. Dazu bedarf es eines abgestimmten Konzeptes mit allen an Schule Beteiligten und den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe. Schulische Sozialarbeit soll an allen Schulen fest verankert werden. All diese Aufgaben brauchen beständige und verlässliche Beziehungsarbeit und Vertrauen zwischen den Personen. Deshalb brauchen Schulsozialarbeiter und Schulsozialarbeiterinnen unbefristete Arbeitsverträge, die nach Tarif bezahlt werden. Gute Schule braucht gute Schulsozialarbeit.

Da nicht an jeder Schule eine ganze Stelle finanziert werden kann, ist ein Stufenplan zu erarbeiten, wie nach und nach alle Schulen mit dieser wichtigen Arbeit ausgestattet werden können.

#### **2. Freier Elternwille**

Der freie Elternwille muss erhalten bleiben. Eltern sollen selbst entscheiden, welche Schule ihr Kind besuchen soll. Kinder sollen Zeit haben, sich an einer neuen Schule einzugewöhnen. Sie dürfen nicht schon nach der 5. Klasse abgeschult werden. Zum freien Elternwillen gehört auch, dass Eltern von Kindern mit Behinderungen die Schulform für ihr Kind selbst auswählen können.

#### **3. Mehr Zeit zum Lernen**

Das Abitur nach 13 Jahren soll an den Gesamtschulen wieder eingeführt werden. Das Turboabitur muss weg. Die Einführung des Abiturs nach 12 Jahren, dem sogenannten „G8“ bedeutet für Schülerinnen und Schüler eine Menge Stress. Eltern und Kinder müssen die Wahl haben, ob sie ihr Abitur nach 13 Jahren ablegen wollen oder nach 12 Jahren. Kinder sollen auch Kind sein dürfen.

#### **4. Ganztagschule**

Zu guter Schule gehören voll ausgestattete Ganztagschulen. An den Ganztagschulen nach unserer Vorstellung gibt es nachmittags Unterricht, Fördermöglichkeiten und Freizeitangebote und ein gesundes Mittagessen. Solche Schulen können Kinder besser fördern.

Perspektivisch sollen alle Schulen zu Ganztagschulen werden. So wird die Qualität verbessert. An einer Ganztagschule soll es mehr Möglichkeiten für Schüler und Schülerinnen geben, Sport zu treiben. An Ganztagschulen kann auch Musik, Theater, Technik, Umwelt angeboten werden. Ganztagschulen entlasten Eltern und verbessern die Vereinbarkeit von Job und Familie.

#### **5. Gesamtschule**

Gesamtschulen soll es überall geben können, wo Eltern und Schulträger dies wünschen. Wenn Eltern ihr Kind auf eine Gesamtschule schicken möchten, muss das möglich sein. Wir wollen ein regional angepasstes, vollständiges und stabiles schulisches Angebot. Bei der Genehmigung von Gesamtschulen muss es deswegen weniger Auflagen geben. Die derzeitigen Auflagen für die Einrichtung neuer Gesamtschulen sind unsinnig und bürokratisch: Die „Fünfüzigkeit“ verhindert neue Gesamtschulen. Wir wollen, dass kleinere Gesamtschulen vier-, in Ausnahmen auch dreizügig genehmigt werden. Gesamtschulen sollen den anderen Schulformen, den Hauptschulen, Realschulen, Oberschulen und den Gymnasien gleichgestellt werden.

#### **6. Oberschule**

Die Oberschule ist gegen großen Widerstand in Niedersachsen eingeführt worden. Damit der Kultusminister und die CDU / FDP sie als großen Erfolg verkaufen können, wurde sie mit einigen zusätzlichen Ausstattungsmerkmalen, die

# **Beschlussbuch**

## **SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011**

nicht gesetzlich verankert sind, ausgestattet.

Einige Kommunen werden zusammengefasste Haupt- und Realschulen in Oberschulen umwandeln. Diese Entwicklung ist nachvollziehbar, weil die Oberschulen in 80 Prozent der Fälle nichts anderes als die Zusammenfassung der Haupt- und Realschulen sein werden. Sie bekommen für die Kollegien möglicherweise eine geringere Unterrichtsverpflichtung und etwas mehr Ganztagszuschläge. Diese Besserstellung von Oberschulen müssen andere Schulformen mit geringerer Ganztagsausstattung bezahlen. Das Oberschulgesetz wird dem Anspruch, eine nachhaltige Schulstruktur in Niedersachsen zu gestalten, die gleichzeitig hohe Qualitätsansprüche erfüllt, nicht gerecht. Durch neue Oberschulen werden lediglich Mitnahmeeffekte erzielt, die dazu führen, dass viel Geld benötigt wird, aber dennoch keine langfristige Standortsicherung oder Qualitätssteigerung möglich sein wird. Eine neue Schulform hat niemand gebraucht. Die Einrichtung kleinerer Gesamtschulen dagegen wäre den vielen Wünschen der kommunalen Schulträger und vieler Eltern im Land eher gerecht geworden.

Die neue Schulform ist unnötig, weil sie nichts wirklich Neues bietet. In der "kleinen" Form ist sie eine nur wenig verbesserte, verbundene Haupt- und Realschule, in der "großen" Form (mit Gymnasialangebot) eine verschlechterte Kooperative Gesamtschule (ohne Oberstufe). Dem Problem der zurückgehenden Schülerzahlen wird damit kein Konzept, sondern höchstens eine nur kurzfristig wirksame Standortsicherung entgegengesetzt. Damit wird die Oberschule der großen Herausforderung für das niedersächsische Schulsystem nicht gerecht! Diese Herausforderung besteht darin, einen Konsens zu entwickeln, wie die Schullandschaft über Legislaturperioden hinaus in ruhige Bahnen gelenkt werden kann.

CDU und FDP gestehen mit dieser Gesetzesänderung ein, dass ihre Politik der Dreigliedrigkeit und der Trennung der Kinder mit zehn Jahren gescheitert ist. Wo bisher Hauptschulen und Realschulen noch getrennte Welten darstellen, ist es ggfs. sinnvoll, sie zusammenzuführen. Dieses wäre ein erster Schritt in Richtung gemeinsamen Lernens, wenn auch nicht ausreichend. Wo bestehende Haupt- und Realschulen Vorteile darin sehen, als Oberschulen fortgeführt zu werden, können sie das tun. Für Schüler- und Elternschaft wird sich wenig ändern. Die Einrichtung von Oberschulen mit Gymnasialangebot wird zu Problemen wegen des Turbo-Abis führen. An diesen Standorten wären fast überall Gesamtschulen besser. Aber es gibt zurzeit nicht die gesetzliche Möglichkeit dazu. Daher ist es sinnvoll die Standorte von Oberschulen, die eine nachhaltige Schülerzahlentwicklung haben, nach dem Wahlsieg 2013 zu Gesamtschulen weiterzuentwickeln, wenn es vor Ort gewünscht wird.

Damit kann dann ohne einen Radikalumbau, sondern durch Weiterentwicklung ein Bildungskonsens geschaffen werden, den Schüler, Eltern, Schulträger, Lehrkräfte so herbeisehnen und der endlich für mehr Ruhe in der Schullandschaft sorgen wird.

### **7. Schulqualität – kleinere Klassen**

Zur individuellen Förderung jedes Kindes benötigen wir deutlich kleinere Klassen als bisher. Langfristig wollen wir maximal 24 Kinder pro Klasse. Dafür brauch es einen realistischen und auch finanzierbaren Stufenplan. Insbesondere an den Gymnasien und den Gesamtschulen sind die Klassen zu groß.

Kleinere Klasse bedeutet nicht sofort besseren Unterricht. Deshalb ist ein besonderer Schwerpunkt in der Weiterentwicklung von Schul- und Unterrichtsqualität zu legen. Dazu gehören neue didaktische Konzepte, aber auch eine gute Lehrerbildung. Das Sitzenbleiben ist ein Relikt aus der pädagogischen Mottenkiste. Durch eine bessere individuelle Förderung wird das Sitzenbleiben überflüssig.

Eine gute Schule braucht nicht nur ausreichend Lehrkräfte für eine gute Unterrichtsversorgung. Eine gute Schule braucht auch Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Beratungslehrkräfte, die genügend Zeit für die Schülerinnen und Schüler haben. Viele unterschiedliche Profis sind gut für unsere Kinder. Dafür und für viele andere Maßnahmen zur Verbesserung der Schulqualität (z. B. auch eine Entlastung der Schulleitungen) wollen wir die Gelder, die man vielleicht wegen weniger Schülern nicht mehr bräuchte, wieder an den Schulen investieren.

Weiterleitung als Material für den Bildungskongress des SPD-Landesverbandes Niedersachsen

*Adressat*  
SPD-Landtagsfraktion  
Landesparteitag

# **Beschlussbuch**

## **SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011**

---

### **Antrag Nr. Boo2**

#### **Bildung im künstlerischen und sportlichen Bereich**

Erledigt durch Annahme von B001

---

### **Antrag Nr. Boo3**

#### **Abschaffung der Studiengebühren in Niedersachsen – Jetzt!**

Wir fordern eine sofortige Abschaffung der Studiengebühren.

Annahme in geänderter Fassung

*Adressat*

SPD-Landtagsfraktion  
Landesparteitag

---

### **Antrag Nr. Boo4**

#### **Sozialarbeit auch in Gymnasien**

Erledigt durch Annahme von B001

---

### **Antrag Nr. Boo5**

#### **Startchancen für Kinder**

Für eine Sicherstellung gleicher Startchancen von Kindern in die Schullaufbahn ist eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung von Betreuungseinrichtungen vom Land Niedersachsen herzustellen, um den Bildungsauftrag in sprachlicher, emotionaler, kognitiver und motorischer Hinsicht den aktuellen Anforderungen anpassen zu können.

Annahme

*Adressat*

SPD-Landtagsfraktion

---

### **Antrag Nr. Boo6**

#### **Förderung der Sprachkompetenz von Kindern (und Eltern) mit Migrationshintergrund**

Auf allen staatlichen Ebenen sind die Voraussetzungen für eine gelungene Integration zugewanderter Mitmenschen zu schaffen, wie es vor Jahren mit angemessener staatlicher Förderung für die sog. „boat-people“ aus Vietnam erfolgreich geschehen ist.

Dazu sind konkrete Schritte einzuleiten, damit insbesondere Sprachförderung für Kinder (unter Einbeziehung ihrer Eltern oder Elternteile) bedarfs- und nachfragegerecht unter dem Gesichtspunkt des Förderns und Forderns angeboten werden kann, insbesondere durch die Einführung einer Kindergartenpflicht für alle Kinder ab drei Jahren.

Weiterleitung als Material für den Bildungskongress des SPD-Landesverbandes Niedersachsen

# **Beschlussbuch**

## **SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011**

### **D | Demokratie**

---

#### **Antrag Nr. D001**

#### **Demokratie als Lebensform**

Unser Ziel ist die Ausweitung demokratischer Teilhabe in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Dafür beziehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Bezirk Hannover Position und legen dabei vier Grunderwägungen zugrunde, aus denen wir nachfolgend 18 Thesen ableiten.

#### **I.**

Demokratie als Lebensform ist Ausgang und Ergebnis des gerechten Zusammenlebens von Menschen zugleich. Sie ist das Strukturprinzip einer gerechten Gesellschaft – und das aus den richtigen Gründen: Ihre Praxis ermöglicht nicht nur verfahrensgerechte, sondern auch verteilungsgerechte und nachhaltige Entscheidungen. Sie schützt Mehrheiten und Minderheiten zugleich. Deswegen ist Sozialismus nur demokratisch möglich.

#### **II.**

Demokratie als Strukturprinzip bedeutet nicht nur, Entscheidungen demokratisch herbeizuführen, sondern sie auch zuvor demokratisch zu verhandeln. Demokratie heißt, Wahlen und Abstimmungen nach dem Mehrheitsprinzip zu entscheiden und den offenen Diskurs freier und gleicher Menschen zu ermöglichen – beides gehört zusammen. Für die Sozialdemokratie ergibt sich daraus eine besondere Verantwortung: Neben unserem grundgesetzlichen Auftrag sind es vor allem unsere Grundwerte und unsere Geschichte, die uns verpflichten, die Teilnahme am demokratischen Diskurs für alle Menschen zu ermöglichen – innerhalb und außerhalb unserer Partei.

#### **III.**

Repräsentative Demokratie ist aus den richtigen Gründen das Organisationsprinzip unserer Gesellschaft, denn sie führt zu einem gerechten Ausgleich von Interessen. Um diesen Ausgleich herzustellen, müssen die Interessen von Menschen zuerst gehört und danach im demokratischen Diskurs beraten und entschieden werden. Wenn aber schon der erste Schritt zunehmend fehlschlägt, ist die repräsentative Demokratie in der Krise. Dieser Befund trifft auf unsere Gesellschaft zu.

#### **IV.**

Demokratie als Lebensform bedeutet für uns, dass Menschen an Entscheidungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft mitwirken und unmittelbaren Einfluss auf die Willensbildung haben. Diese Mitwirkung umfasst dabei mehr als die bloße Beteiligung an Abstimmungen und Wahlen, sondern beinhaltet zwingend die Teilnahme am Diskurs. Dabei geht es um einen Vorrang kollektiv gefällter Entscheidungen vor individuellen Interessen bei Wahrung von elementaren Minderheitenrechten. Die Willensbildung vollzieht sich hierzu einerseits in gewählten und demokratisch legitimierten Gremien und Organen und andererseits in einer direkten Einbeziehung all jener Menschen, die an einer Entscheidung partizipieren wollen. Dies setzt voraus, dass auch die Bereiche, die sich bisher einer demokratischen Teilhabe entziehen oder nur teilweise demokratische Teilhabe bieten, demokratisiert werden. Jedes Handeln in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft muss sich in einer Demokratie öffentlich rechtfertigen und durch demokratische Institutionen kontrolliert und legitimiert werden.

#### **1.**

Die Durchdringung aller Lebensbereiche nach demokratischen Prinzipien hat als das zentrale Ziel des Demokratischen Sozialismus im Berliner Programm der SPD seinen Niederschlag gefunden. Das Hamburger Programm knüpft an diese Sicht an und betont den Vorrang der Demokratie vor den Märkten. Demokratie ist deswegen mehr als die bloße Ergänzung der parlamentarischen Demokratie um direktdemokratische oder direktpartizipatorische Elemente. Auch die parlamentarische Demokratie allein hat nicht den konstruktiven und friedlichen Wettbewerb der Parteien ermöglicht und die Akzeptanz der Demokratie gesichert. Gerade im Unterschied zur Weimarer Republik hat erst die Rückbindung staatlichen Handelns an Grundrechte, die Einbindung in supranationale Institutionen, die Wehrhaftigkeit der Demokratie, die besondere Stellung eines Verfassungsgerichts und die sozial- wie bundesstaatliche Struktur der Bundesrepublik im Zusammenspiel mit der parlamentarischen Demokratie einen solchen friedlichen Wettbewerb ermöglicht.

#### **2.**

Die Erweiterung der demokratischen Teilhabe muss mehr beinhalten als eine Zunahme von direktdemokratischen Instrumenten. Die Einforderung von direktdemokratischen Elementen ist mithin nur ein Teil der Lösung der Demokratiekrise. Wenn auf der einen Seite mangelnde Wahlbeteiligungen als Problem für die Legitimation von Demokratie angesehen wird, dann sind auf der anderen Seite plebiszitäre Verfahren eben keine Stärkung der Legitimation des politischen Systems in Gänze, sondern rechtfertigen unter Umständen erst recht den Verzicht auf eine Beteiligung

## **Beschlussbuch**

### **SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011**

an der Wahl. Repräsentative Demokratie und direktdemokratische Elemente müssen besser ausbalanciert werden als im bisherigen Beschluss des Parteivorstands vorgesehen.

**3.** Dennoch haben direktdemokratische Instrumente ihre Berechtigung und sind im Grundsatz zu begrüßen. Sie verfügen über eine aus der Weimarer Reichsverfassung sowie den Länderverfassungen herrührende Tradition, die auch in zahlreiche Nach-kriegsverfassungen Eingang gefunden hat. Spätere Verfassungstexte – auch das Grundgesetz – verzichteten aber unter dem Eindruck drohender kommunistischer Propaganda vor dem Hintergrund des Kalten Krieges ab 1949 darauf, solche Instrumente einzuführen. Wir haben in der niedersächsischen Verfassung 1993 das direktdemokratische Defizit korrigiert. Wir wollen dieses auch im Grundgesetz verändern.

**4.** Wenn davon gesprochen wird, Sorge tragen zu wollen, dass „die sozial Schwachen“ sich an direkter Demokratie auch beteiligen und vorgeschlagen wird, dass finanzstarke Einzelinteressen in einer Volksgesetzgebung sich nicht artikulieren sollen, ist dieses dem Ziel nach zu begrüßen. Alle Beispiele aus dem In- und Ausland zeigen jedoch bisher, dass weder das eine garantiert noch das andere möglich ist. Elementar ist daher ein Quorum, das in seiner Qualität und Wirkung der repräsentativen Demokratie gleichwertig ist. Nur dann handelt es sich um eine Ergänzung der repräsentativen Demokratie. Dementsprechend müssen die Quoren sich an der Wahlbeteiligung der jeweils vorangegangenen Wahl auf gleicher Ebene orientieren. Ein Volksbegehren kommt zustande, wenn gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten bei der vorigen Wahl fünf Prozent ein solches Begehren unterstützen. Es ist im Volkentscheid erfolgreich, wenn mehr Ja- als Nein-Stimmen auf den Antrag entfallen und mindestens eine Zustimmung erreicht wurde, die größer als 50 Prozent der Zahl aller Wahlberechtigten bei der vorangegangenen Wahl ist. Bei Änderungen der Verfassung muss eine Zahl von mehr als zwei Dritteln der Wahlberechtigten erreicht werden und mindestens 50 Prozent aller Wahlberechtigten müssen zustimmen. Nur durch solche Quoren können direktdemokratische Elemente auch verfahrens- und entscheidungslegitimierend angelegt werden.

**5.** Dabei muss auch das föderale Element der Gesetzgebung gewährleistet bleibt. Denkbar wäre es, analog zum schweizerischen Ständemehr ein Surrogat für die Entscheidung des Bundesrats einzubauen. Ferner muss nochmals beurteilt werden, wie die Abgabe von Souveränitätsrechten an die Europäische Union im Verhältnis zur Volkssouveränität steht, die in einem Volksentscheid ja zum Ausdruck käme. Die zu beantwortende Frage lautet dabei: Was passiert, wenn europäisches oder anderes internationales Recht im Widerspruch zum Votum einer Volksabstimmung stünde?

**6.** Insgesamt führt die Fokussierung auf die Einführung von Volksbegehren und Volkentscheiden auf Bundesebene zu einer verengten Kritik der gegenwärtigen Demokratie. Das Problem wird damit nämlich auf eine unzureichende demokratische Legitimation von Parlamentsentscheidungen konzentriert. Tatsächlich ist aber die Demokratie massiv exekutivlastig ausgeprägt. So haben vornehmlich Regierungen den entscheidenden Einfluss auf die Gesetzgebung. Über die europäischen Institutionen ist die Bundesregierung an der europäischen Rechtsetzung beteiligt, welche die Parlamente dann weitgehend einflusslos in nationaler Gesetzgebung nachvollziehen müssen. Die Landesregierungen besitzen durch ihre Mitwirkung im Bundesrat sowie die Zusammenarbeit der Landesregierungen untereinander große Gestaltungsspielräume, die zugleich die originäre Gesetzgebungsarbeit der Landtage begrenzen. Die Regierungen in Bund und Ländern formulieren die meisten erfolgreichen Gesetzesinitiativen und regeln über den Gesetzesvollzug zudem sehr detailliert das politische Handeln. Die ihnen unterstehenden Verwaltungen sind wegen der in einem Rechtsstaat hoch zu bewertenden Bindung an Gesetze und Verträge zudem einer demokratischen Kontrolle teilweise entzogen.

**7.** Die Möglichkeit sich zusammenzuschließen, um eigene Interessen zu vertreten ist für eine Demokratie konstitutiv. Der damit verbundene Lobbyismus ist deshalb nicht grundsätzlich zu beanstanden. Wir müssen allerdings besser als bisher für eine voll-ständige Transparenz politischer Entscheidungen und die dabei erfolgte Einflussnahme von Interessengruppen sorgen. Eindeutig überschritten werden die Grenzen zulässigen Lobbyismus, wenn dieser nicht nur mit Argumenten zu überzeugen sucht, sondern mit Bestechung seine Interessen durchzusetzen sucht. Dies gilt nicht nur für illegale Parteispenden oder offenkundige Bestechungen, sondern auch für alle Zahlungen, die Beamte wie Politiker erhalten, ohne dass dieser Zahlung eine entsprechende, vertraglich klar umrissene Leistung gegenüber steht.

**8.** Wir müssen darauf achten, dass die an Gewicht gewinnende Politikberatung zu keiner Verlagerung von Entscheidungen aus dem Bereich des Gesetzgebers in vordemokratische Formen der Kooperation von Politik, Verbän-

## **Beschlussbuch**

### **SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011**

den und Lobbyisten kommt. Lobbyismus findet vor allem dort verborgen vor der Öffentlichkeit statt, wo Verbände oder Unternehmen direkten Kontakt mit einzelnen Parlamentariern und Parlamentarierinnen, Parlamentariergruppen, Journalisten, zu Ministern oder Staatssekretären aufnehmen. Kluge Lobbyisten pflegen zudem auch zur mittleren Entscheidungsebene und zur Arbeitsebene in der Ministerialbürokratie gute Kontakte. Sie sind deshalb oft genug über bevorstehende Gesetzesvorhaben oder Maßnahmen früher und besser informiert als etwa die Abgeordneten und können somit schon vor ihnen entscheidenden Einfluss auf die Materie nehmen können.

**9.**  
Höchst problematisch ist es, wenn führende Politiker nach Amtsaufgabe oder Amtsverlust bei Unternehmen oder Verbänden Positionen oder Aufgaben übertragen bekommen, damit sie ihre alten Netzwerke für ihre neuen Auftraggeber nutzen. Um Transparenz im Parlament herzustellen, muss die Anzeigepflicht auf alle Nebentätigkeiten von Abgeordneten – ob entgeltlich oder unentgeltlich – und alle sonstigen Einkünfte ausgeweitet werden und ein Sanktionsrecht vorsehen, das sich an das Ordnungswidrigkeitenrecht anlehnt. Zudem muss die Abgeordnetenbestechung endlich als Straftatbestand erfasst und entsprechend sanktioniert werden können.

**10.**  
Eine Ausweitung der Demokratie muss notwendigerweise Auswirkungen auf die Macht- und Herrschaftsbeziehungen in der Gesellschaft haben. Die Auswüchse des finanzmarktgesteuerten Kapitalismus vollziehen sich vor dem Hintergrund einer gegebenen demokratischen Legitimation. Sie sind einerseits aber dank technischer Möglichkeiten von alten nationalstaatlichen Grenzen unabhängiger. Die Staaten üben andererseits jedoch nur einen begrenzten direkten Einfluss auf die Entwicklung wirtschaftlicher Prozesse aus. Insoweit ersteres schwerlich begrenzt ist, steht letzteres im Spannungsfeld zwischen staatlicher Intervention und unbestreitbarer Effizienz von Märkten. Für uns gilt der Satz von Kurt Schumacher: „Sozialökonomische Krisen sind politische Krisen, und wenn sie politische Krisen sind, können sie nicht bloß mit ökonomischen Mitteln, sondern müssen auch mit politischen Mitteln gelöst werden.“ Staatliche Interventionen müssen deswegen zweifelsfrei dort stattfinden, wo der Markt keine gesellschaftlich gewollten und gewünschten Güter in entsprechender Qualität und Preis herstellen kann. Staatliche Intervention ist dann entbehrlich, wenn die Effizienz des Marktes dieses gewährleistet.

**11.**  
Eigentums- und Vertragsfreiheit sind für die Sozialdemokratie gerade nicht voraussetzungsfrei: Eigentum muss eine soziale Bindung haben. Vertragsfreiheit muss rechtsstaatlich dort flankiert werden, wo eklatante Missverhältnisse in Macht- und Herrschaftsbeziehungen der Beteiligten entstehen (Arbeitsrecht, Mietrecht, Sozialrecht etc.). Hier müssen wir in unserer Argumentation an die sozialdemokratische Rechtsfortbildung unter Gustav Radbruch oder Hugo Sinzheimer anknüpfen. Von besonderer Wertigkeit ist für die SPD in diesem Zusammenhang der Grundrechtekatalog des Grundgesetzes. Er bindet nämlich nicht nur das staatliche Handeln, sondern entfaltet eine Drittwirkung auf die individuellen Rechtsbeziehungen der Menschen untereinander und ist deswegen für das Zusammenleben in einer Demokratie unverzichtbar. Der von der Sozialdemokratin Elisabeth Selbert erstrittene Artikel zur Gleichberechtigung der Geschlechter war dabei ein zentraler Meilenstein und zeigt, dass das Ringen um die Verwirklichung der Grundrechte mehr erfordert als die bloße Niederschrift im Grundgesetz.

**12.**  
Wir brauchen in den Bereichen, in denen gesellschaftliche Verantwortung unabdingbar ist, den Einfluss staatlicher Institutionen, die demokratisch legitimiert sind. Insbesondere die Daseinsvorsorge darf nicht Renditeinteressen unterworfen werden, sondern muss dem öffentlichen Wohl dienen.

**13.**  
Kommunale Demokratie ist für uns der Ausgang demokratischen Zusammenlebens. In ihr gestalten ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker im direkten Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern alle Angelegenheiten des örtlichen Zusammenlebens. Deswegen verstehen wir kommunale Politik auch nicht als bloße Mitverwaltungstätigkeit, sondern als genuin politischen und demokratischen Prozess. Damit kommunale Demokratie nicht nur de jure, sondern auch de facto fortbestehen kann, müssen der Handlungsspielraum kommunaler Politik und dessen finanzielle Absicherung erhalten und ausgeweitet werden. Außerdem fordern wir die Ausweitung der demokratischen Teilnahme in den Kommunen durch ein kommunales Wahlrecht für alle Einwohnerinnen und Einwohner, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft.

**14.**  
Marktwirtschaftliche Prozesse dürfen keine demokratiefreien Räume bilden. Vielmehr kommt es darauf an, eine umfassende Demokratisierung wirtschaftlicher Prozesse zu ermöglichen, die über das hinausgeht, was Mitbestimmung gegenwärtig schon zu leisten vermag. Eine Ausweitung der Mitbestimmung beginnt unmittelbar am Arbeitsplatz. Sie umfasst zudem die Formen der betrieblichen und unternehmerischen Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Überall dort, wo in Unternehmen eine bestimmte Zahl an Mitarbeitern tätig ist, sind Auf-



## **Beschlussbuch**

### **SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011**

sichtsräte obligatorisch und müssen mindestens auf dem gegenwärtigen Niveau einen Anteil von Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitnehmerschaft enthalten. Eine Trennung von Personen- und Kapitalgesellschaften ist dabei zu überwinden. Aufsichtsräte müssen einen erweiterten Einfluss auf die strategische Geschäftspolitik erhalten. Hinsichtlich der arbeitsplatzrelevanten Investitionen der Unternehmen müssen Zustimmungsentscheidungen im Aufsichtsrat zwingend werden. Entscheidungen über Standorte müssen an die Zustimmung eines Teils der Arbeitnehmerbank gebunden sein.

#### **15.**

Die gegenwärtigen Machtstrukturen in den Unternehmensvorständen und Aufsichtsräten sind männlich dominiert. Wenn es um die Verschiebung von Macht geht, dann war die Einführung des Frauenwahlrechts vor 93 Jahren nur der Anfang und nicht das Ende der Gleichstellung der Geschlechter. Deswegen gilt: Wo immer Gremien gewählt werden und Vertreter entsandt werden, ist die Repräsentanz beider Geschlechter entsprechend einer Quote von 40 Prozent zu gewährleisten.

#### **16.**

Der soziale Rechtsstaat ist die elementare und notwendigerweise unabhängige Institution, in dem die Bürgerinnen und Bürger in der Wahrung und Sicherung ihrer Rechte gegen die Interessen Dritter durch eine unabhängige Justiz geschützt werden. Deren Stärkung ist dementsprechend ein zentraler Schritt zu Stärkung der Demokratie. Die langen Prozesszeiten deutscher Gerichte, die international wiederholt gerügt werden, müssen deswegen verkürzt werden. Dieses gelingt nicht, wenn zugleich – wie in Niedersachsen durch die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens oder bundesweit die Sozialgerichte durch die handwerklich schlechte Gesetzesarbeit beim ALG II – die Gerichte zusätzliche Aufgaben erhalten, sie diese aber nicht personell bewältigen können und damit der Erhalt nicht nur rechtsstaatlicher, sondern zunehmend auch demokratischer Prinzipien in Gefahr gerät.

#### **17.**

Demokratie ist erlernbar – und sie muss erlernt werden! Erst demokratisches Lernen stellt den Fortbestand von Demokratie sicher, denn niemand wird als Demokrat geboren – jedeR wird es erst durch das Zusammenleben mit und durch exemplarisches Lernen am Beispiel anderer Menschen. Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, innerhalb und außerhalb ihrer Organisation demokratische Lernräume zu errichten und zu schützen. Innerhalb unserer Partei bedeutet es, für alle Mitglieder den demokratischen Diskurs zu ermöglichen und ihn konsequent zu praktizieren. Außerhalb unserer Partei betrifft dies vor allem unsere Bildungsarbeit und Bildungspolitik – und nicht nur die –, um Demokratie in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft durchzusetzen.

Der Bezirksparteitag beauftragt den SPD-Bezirksvorstand hierauf aufbauend konkrete Änderungsanträge für den Bundesparteitag zu erarbeiten, um den vom Parteivorstand am 21. März 2011 beschlossenen Antrag „Mehr Demokratie leben“ im Sinne dieser Argumentation zu ändern und zu ergänzen. Für den Zeitraum nach der Kommunalwahl soll in geeigneter Weise die grundsätzliche Debatte des Parteitags weitergeführt und vertieft werden.

#### **18.**

Die SPD ist stolz auf ihre Tradition als demokratische Bewegung. Dies gilt auch und gerade für die Alltagsarbeit unserer Partei. Wir nehmen unseren grundgesetzlichen Auftrag ernst und wollen mehr Menschen am demokratischen Diskurs beteiligen. Die exklusiven Rechte unserer Mitglieder auf Personalauswahl und Programmentscheidungen sind für uns unteilbar. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass Mitglieder diese Rechte in Zukunft stärker ausüben können – und damit die Mitgliedschaft in der SPD nachhaltig attraktiver wird. Urwahlen von Kandidatinnen und Kandidaten für öffentliche Ämter oder Mitgliederentscheidungen über inhaltliche Positionen sind dafür besonders geeignete Instrumente. Bei alledem gilt für uns das Prinzip der innerparteilichen Solidarität: Angefangen bei Beitrags- und Organisationsfragen bis hin zur Gestaltung des innerparteilichen Diskurses – das solidarische und demokratische Miteinander steht für uns im Mittelpunkt.

Annahme in geänderter Fassung

*Adressat*  
Bezirksvorstand  
Bundesparteitag

# Beschlussbuch

## SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011

### E | Energiepolitik

---

#### Antrag Nr. E001

#### Atomausstieg jetzt

Der Unfall im japanischen Kernkraftwerk Fukushima hat einmal mehr deutlich gemacht, dass die Technik der Kernspaltung vom Menschen nicht restlos beherrschbar ist. Menschliches Versagen, Schlampereien und die Einwirkung von Naturgewalten auf vermeintlich sichere Anlagen zeigen, dass man eine Technik, die keinen Fehler duldet, nicht verantwortungsvoll betreiben kann. Es ist ebenso unverantwortlich länger als irgendetwas an einer Energieform festzuhalten, deren Entsorgungslasten die Erde für eine Zeitspanne belasten werden, die jenen Zeitraum übertrifft, den der moderne Mensch auf diesem Planeten lebt.

Der SPD-Bezirk Hannover lehnt die Privatisierung jeglicher Aufgaben im Zusammenhang mit der Endlagerung atomarer Abfälle ab und fordert die ausschließlich staatlich verantwortete und organisierte Suche nach möglichen Endlagern. Die Privatisierungen der vergangenen Jahre sind unverzüglich rückgängig zu machen.

Der von der SPD auf den Weg gebrachte Atomausstieg war deswegen richtig. Der damals erzielte Kompromiss zwischen der Entsorgungswirtschaft und der Politik ist von CDU/CSU/FDP-Koalition und der Atomlobby aufgekündigt worden. Wir sind sicher, die verfassungswidrige nicht-Beteiligung des Bundesrates wird das Gesetz ohnehin wieder zu Fall bringen. Doch auch nach einer Wiedereinsetzung der vorherigen Rechtslage ändert sich nichts daran, dass eine Rückkehr zum damaligen Stand des Ausstiegs vor dem Hintergrund der Entwicklungen in Japan nicht ausreichend ist. In Deutschland müssen alle Reaktoren schnellstmöglich angeschaltet werden. Jedes Kraftwerk, das nicht mehr benötigt wird um die Stromversorgung zu sichern, ist umgehend abzuschalten. Bis dahin müssen jedoch die Betriebsgenehmigungen entzogen werden, wenn die folgenden Sicherheitsstandards nicht umgehend umgesetzt werden:

- Die Atomkraftwerke müssen sowohl in der äußeren Hülle als auch im Inneren den Folgen eines Flugzeugabsturzes standhalten, insbesondere wenn dieser Aufprall zielgerichtet durch einen terroristischen Anschlag verursacht wurde.
- Zusätzlich zur Notstromversorgung über Dieselaggregate ist eine batteriebetriebene Notstromversorgung für mindestens drei Wochen vorzuhalten.
- Jedes Kernkraftwerk muss über eine unabhängige Notstandswarte verfügen.
- Die Hauptkühlmittelleitungen müssen über „nahtlose“ Rohre verfügen, um das Risiko eines explosiven Austritts radioaktiven Dampfes zu verhindern.
- Der nukleare Kühlkreislauf darf nicht den Sicherheitsbehälter verlassen.
- Das vom BMU unter Sigmar Gabriel entwickelte atomtechnische Regelwerk ist unverzüglich in Kraft zu setzen.
- AKW-Betreibern und Leiharbeitsfirmen wird mit sofortiger Wirkung untersagt, Leiharbeiter höherer Strahlung auszusetzen als dem Stammpersonal.

Wir wissen - ein Ausstieg aus der Kernkraft ist in Deutschland bis 2017 machbar. Je schneller der Atomausstieg erfolgt, desto eher können wir Wachstum bei den erneuerbaren Energien verstetigen. In den Jahren der sozialdemokratischen Regierungsbeteiligungen im Bund ist der Anteil erneuerbarer Energien bei der Stromproduktion von 4,7 Prozent auf 16,6 Prozent gesteigert worden. Dieses Wachstum wird durch die Verlängerung der Atomlaufwerkszeiten behindert.

Je eher wir aus der Atomkraft aussteigen, desto geringer werden die Konversionsfolgen der Atomwirtschaft sein, die wir ohnehin noch lange zu tragen haben. Die Endlagersuche muss deutschlandweit nach dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik entsprechend der Kriterien internationaler Standards erfolgen. In diesem Zusammenhang fordern wir, dass im Rahmen der Atomgesetz-Novelle eine Formulierung für ein Endlagersuchgesetz aufgenommen wird. Für uns ist der Salzstock in Gorleben als Endlager ungeeignet. Bei der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle muss die Rückholbarkeit dauerhaft gewährleistet bleiben und bereits getätigte Investitionen dürfen nicht den Ausschlag geben.

Der Ausstieg aus der Kernkraft darf aber an nationalen Grenzen nicht haltmachen: Wir wollen einen europaweiten und weltweiten Ausstieg aus der Kernkraft erreichen. Deswegen setzen wir uns für ein zügiges Ausstiegsszenario aus der Kernkraft für Europa ein. Die EURATOM muss für diesen Ausstieg umgebaut werden. Weltweit setzen wir uns für die Unterstützung von Entwicklungs- und Schwellenländern bei dem Aufbau von regenerativen Energiequellen auch als Alternative zur Kernkraft ein. Auch in der Handels- und Entwicklungspolitik wollen wir Anreize schaffen, die die Förderung von Brennstoffen für Kernkraftwerke verhindern.

Die AKW-Betreiber sind an den Kosten für die Endlagerung, die Erkundung von Endlagern sowie die Energiewende weitestgehend zu beteiligen.

# **Beschlussbuch**

## **SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011**

Wir unterstützen das "Castor-Camp" des SPD-Unterbezirks Uelzen / Lüchow-Dannenberg.

Die vollständigen Kosten für die Erkundung von Endlagern sowie die weiteren Kosten für die Energiewende werden nicht dem Verbraucher oder dem Steuerzahler auferlegt, sondern über eine Sonderabgabe den AKW-Betreibern, die seit Jahren Gewinne eingestrichen haben.

Annahme

*Adressat*  
Bundesparteitag

---

### **Antrag Nr. E002**

#### **Sicherheitsanforderungen für die Endlagerung von wärmeentwickelnden radioaktiven Abfällen**

Erledigt durch Annahme von E001

---

### **Antrag Nr. E003**

#### **Förderung der regenerativen Energien durch die öffentliche Hand in Kommunen, Land und Bund**

Wir fordern, dass bei der Sanierung von öffentlichen Gebäuden in Kommunen der ökologische Aspekt im Vordergrund steht und dass bei energetischen Fragen die regenerativen Energien im Vordergrund stehen. Dafür soll z.B. verpflichtend werden, dass als neue Heizungsanlagen nur so genannte Kopplungssysteme (nicht nur Öl oder Gas, sondern z.B. auch Holz) eingebaut werden.

Ferner sollen die geeigneten Dächer von öffentlichen Gebäuden für Solaranlagen zur Verfügung gestellt werden, soweit noch nicht geschehen.

Die öffentliche Hand in den Kommunen soll ferner dazu verpflichtet werden, ihren Strom ausschließlich von Naturstromanbietern zu beziehen, sofern dies wirtschaftlich nicht vollkommen außer Verhältnis steht.

Ferner sind die Kommunen dazu aufgefordert, Energie zu sparen und dazu geeignete Maßnahmen zu treffen. Derartige Vorhaben der Kommunen sind vom Land und dem Bund finanziell zu unterstützen.

Annahme

*Adressat*  
Forum des SPD-Landesverbandes Niedersachsen  
"Nachhaltigkeit, neue Energien und Wirtschaft!"

---

### **Antrag Nr. E004**

#### **Keine CO<sub>2</sub>-Einlagerung in Niedersachsen**

Das Land Niedersachsen lehnt die Lagerung von CO<sub>2</sub> für sich und auf seinem Territorium und dem Meeresboden ab.

Annahme

*Adressat*  
Forum des SPD-Landesverbandes Niedersachsen  
"Nachhaltigkeit, neue Energien und Wirtschaft!"

# **Beschlussbuch**

## **SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011**

---

### **Antrag Nr. E005**

#### **Ausstieg sofort – Endlagerfrage lösen!**

Erledigt durch Annahme von E001

---

### **Antrag Nr. E006**

#### **Resolution zum Atom-Ausstieg**

Erledigt durch Annahme von E001

---

### **Antrag Nr. E007**

#### **Desertec in die Wüste schicken!**

Das Projekt „Desertec“ soll auf Basis der ökologischen Energiewende angeblich eine gute Möglichkeit darstellen, um Europa mit regenerativer Energie zu versorgen. Dabei ist angestrebt, eine große Solarthermieanlage in der Sahara zu bauen, um die durch die extreme Sonneneinstrahlung und hohen Temperaturen erzeugte Hitze in Energie umzuwandeln und dann über einen Transportweg nach Europa zu bringen.

Zu viele Fragen bleiben offen, wenn ernsthaft über das Thema gesprochen wird. So ist zum Beispiel nicht begreiflich, wie ein solches Projekt verwirklicht werden soll, wenn es auf dem Territorium eines anderen Staates geplant wird. Für uns ist das eine klare Form von Wirtschafts imperialismus, der sehr an das Zeitalter der Kolonialisierung und der damit einhergehenden Ausbeutung von Ressourcen anderer Völker erinnert – und das lehnen wir ab!

Gleichzeitig halten wir das Projekt aber auch für unrealistisch. Ein derartig leistungsfähiges Energienetz, das den nordafrikanischen Kontinent an Europa bindet und in dem auf dem weiten Weg weniger Energie verloren gehen soll als bei einer dezentralen Lösung vor Ort, halten wir für derzeit sowohl praktisch, wie auch finanziell nicht realisierbar. Der Weg ist zu lang, als dass dafür gesorgt werden könnte, dass keine Energie verloren geht, abgesehen davon, dass Leitungsbau durch das Mittelmeer extrem teuer werden würde.

Zu guter Letzt kann von zu vielen Problemen der Solarthermie in der Wüste ausgegangen werden. So sind beispielsweise Fragen nach der Kühlung der Gerätschaften in dem Wüstenkraftwerk ungeklärt und in diesem Zusammenhang bezweifeln wir auch, dass es dabei eine rein regenerative Lösung geben würde.

Aus unserer Sicht effektiver und sinnvoller ist der Ausbau der eigenen regenerativen Energien, wie Windkraft, Wasserkraft und Photovoltaik. Die Entwicklung in diesem Bereich war in den letzten Jahren sehr innovativ und brachte beeindruckende Fortschritte mit sich. So ist von einem wesentlich schnelleren Ausbau der regenerativen Energien vor Ort auszugehen, als das der damals als sehr optimistisch geltende Rot-Grüne Energiewendevertrag vorgegeben hatte.

Wir als die SPD im Bezirk Hannover sprechen uns deshalb für einen konsequenten Ausbau der regenerativen Energiequellen vor Ort aus und fordern eine kritische Betrachtung solcher Vorschläge wie Desertec, die auch als Ablenkungsmanöver der Energiekonzerne dienen.

Weiterleitung als Material an das Forum "Nachhaltigkeit, neue Energien und Wirtschaft" des SPD-Landesverbandes Niedersachsen

# Beschlussbuch

## SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011

### F | Finanzpolitik

---

#### Antrag Nr. Foot

#### Steuern gerecht weiterentwickeln

Uns geht es nicht darum, Menschen etwas wegzunehmen. Aber: Wir möchten einen Staat, der seine Aufgaben wahrnehmen kann. Deshalb werden wir in diesem Sinne für unsere Vorhaben eintreten. Wir wollen eine bessere Bildung, gute öffentliche Dienstleistungen, den Klimawandel bekämpfen und besseren sozialen Ausgleich. Das alles gibt es nicht umsonst.

Deswegen wollen wir die Finanzierung gerecht gestalten. Wir sind uns sicher: Es ist mehr als genug von allen Gütern da, um die Probleme aller Menschen zu lösen. Wir müssen die Güter nur anders verteilen.

#### Höhere Einkommen stärker beteiligen.

In den letzten Jahren wurden die Einkommenssteuersätze massiv gesenkt. Davon haben maßgeblich die höheren Einkommensgruppen profitiert. Vom letzten wirtschaftlichen Aufschwung haben vor allem die Wohlhabenden profitiert, an den meisten anderen ging der Aufschwung spurlos vorbei. Deshalb halten wir es für gerechtfertigt, höhere Einkommen wieder stärker in die Verantwortung zu nehmen. Konkret schlagen wir folgendes Modell vor:

1. Der Grundfreibetrag wird von ca. 8.000 auf 9.000 Euro erhöht. Damit werden alle unteren und mittleren Einkommensgruppen entlastet.
2. Der Spitzensteuersatz wird von 42 auf 53 Prozent erhöht und soll ab einem zu versteuerndem Jahreseinkommen von rund 75.000 Euro (Ledige) gelten.
3. Es wird eine Reichensteuer dreiprozentigen Aufschlag ab einem Jahreseinkommen von 125.000 Euro (Ledige) aufgeschlagen.
4. Wir sprechen uns wieder für eine gleiche Besteuerung aller Einkommensarten aus. Kapitaleinkünfte müssen wieder über die persönliche Einkommensteuer versteuert werden.
5. Das Ehegattensplitting muss abgeschafft und durch eine Individualbesteuerung, die Kinder steuermindernd berücksichtigt, ersetzt werden.

#### Unternehmen in die Verantwortung nehmen.

Angesichts des seit Jahren boomenden deutschen Exports, des hohen Exportüberschusses und des explodierenden Anteils der Gewinne am gesamten Volkseinkommen, kann von einer überproportionalen Belastung der Unternehmen derzeit kaum gesprochen werden. Für die Wettbewerbsfähigkeit sind ohnehin eine starke öffentliche Infrastruktur und gut ausgebildete Arbeitskräfte entscheidender als die Steuersätze. Wir machen uns deshalb für eine Reform der Unternehmenssteuern stark, die die Unternehmen wieder in die Verantwortung nimmt. Wir fordern:

1. die Erweiterung der Bemessungsgrundlage um effektiv „Gewinne Kleinrechnen“ zu verhindern,
2. die Möglichkeiten für steuerliche Rückstellungen müssen eingeschränkt werden,
3. Unternehmensvermögen müssen realistisch bewertet, unbesteuerter „stille Reserven“ schrittweise aufgelöst werden,
4. die Steuerbefreiung von Gewinnen aus der Veräußerung von Unternehmensanteilen muss zurückgenommen werden,
5. Abschreibungen müssen sich an realistischen Nutzungsdauern und Wertverlusten orientieren,
6. die Erhöhung der Nominalen Steuersätze bei der Körperschaftsteuer auf mindestens 25 Prozent und
7. die Schrittweise Angleichung der Unternehmenssteuern und Regelungen in der Europäischen Union.

#### Finanztransaktionen besteuern

Die Finanz- und Wirtschaftskrise und zuletzt die Euro-Krise haben erneut vor Augen geführt, dass eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte dringend notwendig ist. Wir wollen deshalb die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die auch klare fiskalische Vorteile ergibt. Wir fordern daher:

1. die Einführung einer Finanztransaktionssteuer von 0,1 Prozent aller über die Börse und außerbörslich gehandelten Spot-Transaktionen (Aktien, Anleihen) und Derivat-Transaktionen (Aktienindizes, Zinsinstrumente) in Deutschland und
2. die Ausweitung dieser Besteuerung auf die Finanzplätze in der Europäischen Union und weltweit.

#### Vermögensbesteuerung.

In kaum einem anderen Land ist die Besteuerung von Vermögen so niedrig wie in Deutschland. Gleichzeitig hat sich in den vergangenen Jahren die Vermögensschere immer weiter geöffnet. Wir halten es deshalb grundsätzlich für gerechtfertigt, auch Vermögen wieder stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzuziehen. Es muss aber sichergestellt werden, dass ein normales Eigentumshaus oder eine private Altersvorsorge mit einer Vermögenssteuer nicht zusätzlich belastet wird. Deshalb schlagen wir vor:

1. eine Vermögenssteuer von einem Prozent und einen Freibetrag von 500.000 Euro,

## Beschlussbuch

### SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011

2. eine Reform der Erbschaftsteuer mit der Reduzierung der Freibeträge auf 300.000 Euro bei gleichzeitiger Freistellung des Wohneigentums und einer Erhöhung der Steuersätze für große Erbschaften.

#### **Mehr Gerechtigkeit durch eine bessere Steuerfahndung.**

Gerechte Steuersätze sind die eine Sache, die tatsächlich gezahlten Steuern eine andere. Wir fordern Steuergerechtigkeit nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Realität. Wir fordern daher:

1. eine bessere Personalausstattung beim Zoll und in der Finanzverwaltung,
2. eine Änderung des Strafrechts, um das Herauskaufen aus Steuerstrafsachen zurückzudrängen und
3. die Schaffung eines geregelten Verfahrens beim Erwerb von Daten, die im Verdacht stehen SteuersünderInnen zu belasten.

Überweisung an eine durch den Bezirksvorstand einzurichtende AG Finanzpolitik

---

#### **Antrag Nr. Fooz**

##### **Abbau der Staatsverschuldung und mehr Steuergerechtigkeit durch Stärkung der Finanzverwaltung**

Zur Verbesserung der Situation der öffentlichen Haushalte und aus Gründen der Steuergerechtigkeit sind auf allen staatlichen Ebenen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass durch Steueraußenprüfungen Steuerermehreinnahmen erreicht werden, damit vorrangig die Steuergerechtigkeit hergestellt und die Staatsverschuldung zurückgeführt werden kann.

Annahme (drei Enthaltungen, eine Gegenstimme)

*Adressat*

Bundesparteitag

# **Beschlussbuch**

## **SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011**

### **G | Gesellschaft, Gesundheit und Soziales**

---

#### **Antrag Nr. G001**

#### **Rente mit 67**

1. Die SPD bekennt sich erneut zu dem auf den Generationenvertrag aufgebauten Rentensystem. Diese Finanzierungssystematik darf nicht infrage gestellt werden.
2. Die weitere Ausgestaltung des Rentensystems muss zwei Gegebenheiten zugleich Rechnung tragen. Auf der einen Seite gilt es, die Sozialversicherungsbeiträge und Steuerlasten gerecht aufzuteilen. Für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollten deswegen die bislang geplanten Beitragssätze eingehalten werden. Auf der anderen Seite ist den unterschiedlichen Berufsbiographien und den damit verbundenen unterschiedlichen Belastungen in den verschiedenen Berufen hinreichend Rechnung zu tragen.
3. Die Debatte ist mit der Frage des Renteneintrittsalters zu sehr auf ein Element verengt. Ein wirklich zukunftsfähiges Konzept muss mehrere Elemente berücksichtigen. Das gesamte Beitragsaufkommen und die auszufahrenden Renten werden gleichermaßen von der Produktivitätsentwicklung, der Entwicklung der Geburtenrate, der Zuwanderung, der Entwicklung der Löhne und Gehälter, dem Erwerbseintrittsalter, dem Beschäftigungsstand, der Lebenserwartung, der Beschäftigungsdauer, der Frauenerwerbsquote, der Arbeitslosigkeit und dem Altersaufbau der Bevölkerung beeinflusst. Dementsprechend ist eine reine Debatte um das Renteneintrittsalter zu sehr auf das Element des demographischen Aufbaus der Bevölkerung verkürzt. Für die Sicherung des Generationenvertrages ist die Steigerung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse eine unabdingbare Voraussetzung. Deshalb ist es wichtig, neu entstandene Formen der Erwerbsarbeit in die Rentenfinanzierung zu integrieren und so eine längere bzw. im Idealfall ununterbrochene Beitragszahlung zu gewährleisten. Insgesamt muss es darum gehen, die Finanzierungsbasis der Rentenversicherung zu verbreitern.
4. Die unterschiedlichen Erwerbsbiographien und die unterschiedliche körperliche und psychische Belastung sollten zu differenzierten Ansätzen führen. Denkbar wäre es, den Renteneintritt nicht mehr an das Lebensalter, sondern an die Beitragsjahre zu koppeln. Anwartszeiten, aktive Beitragsjahre und passive Beitragsjahre sind dabei gleichermaßen zu berücksichtigen. Für Jahre des Verdienstaufschlags, etwa wegen Kindererziehung, ist über steuerfinanzierte Ausgleichs sicherzustellen, dass diese als Beitragsjahre angemessen anerkannt werden. Eine solche Ankoppelung des Renteneintrittsalters an die Beitragsjahre würde den unterschiedlichen Erwerbsbiographien gerechter werden, als das bisherige System.
5. Ziel muss es bleiben, über die gesamte Erwerbsphase hinweg „gute Arbeit“ leisten zu können, um damit eine auskömmliche Altersversorgung zu erreichen. Daneben ist Menschen mit weniger Beitragsjahren weiterhin die Möglichkeit zu geben, mit einem bestimmten Lebensalter in Rente zu gehen. Das gilt insbesondere für jene Menschen, die z.B. aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in ihrem bisher ausgeübten Beruf tätig sein können. Frühere oder spätere Renteneintritte müssen auch bei einer Bemessung nach Beitragsjahren möglich sein. Diese Ansätze sind versicherungsmathematisch so auszugestalten, dass eine auskömmliche Altersrente erreicht werden kann.
6. Die langfristige Sicherung des Generationenvertrages erfordert eine Auseinandersetzung über die Folgewirkungen und eine breite gesellschaftliche Debatte. Die SPD muss sich deshalb für die Ausgestaltung eines zukunftsfesten Rentenkonzepts die erforderliche Zeit nehmen.

Deshalb wird der Parteivorstand aufgefordert, bis Ende 2012 die fachlichen Grundlagen zu klären und gesellschaftliche Gruppen und die Partei einzubeziehen.

Annahme

Adressat  
Bundesparteitag

# Beschlussbuch

## SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011

---

### Antrag Nr. Goo2

#### Flankierende Maßnahmen zu "Hartz IV"

Armutsbekämpfung sollte mit Hilfe von Mindestlöhnen und einem Erhalt bzw. Ausbau von flankierenden Maßnahmen bei Hartz IV, sowie einer der Realität angemessenen Leistung nach SGB II in der politischen Zielsetzung, Bearbeitung und Durchführung sichtbare Priorität haben.

Annahme

*Adressat*

SPD-Bundestagsfraktion

---

### Antrag Nr. Goo3

#### Patientenschutz

Es wird gefordert auf die Gründung eines Entschädigungsfonds für Haftungsfälle in der Medizin zu verzichten und stattdessen dieses besondere Haftungsrecht in das Sozialgesetzbuch VII (SGB VII) – gesetzliche Unfallversicherung – aufzunehmen.

Weiterleitung als Material an die SPD-Bundestagsfraktion

*Adressat*

SPD-Bundestagsfraktion

---

### Antrag Nr. Goo4

#### Keine Kriminalisierung der SJD-Die Falken! Für eine pluralistische Demokratie!

Vor dem Hintergrund einer ständigen Diffamierung der "Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken" als links-extremistische Organisation durch konservative Landesregierungen und die Bundesregierung erklären wir: Für die SPD ist die SJD - Die Falken eine wichtige Bündnispartnerin.

Für uns ist deshalb eine Kriminalisierung der Falken unakzeptabel.

Wir fordern alle Beteiligten auf sich aktiv am Widerstand gegen den Faschismus zu beteiligen und seine Gegnerinnen und Gegner nicht zu kriminalisieren.

Annahme

*Adressat*

Partei Vorstand

Bundesparteitag

Material für niedersächsische SPD-Bundestagsabgeordnete

---

### Antrag Nr. Goo5

#### Erste-Hilfe-Kurs als Pflicht

Wir fordern, dass jeder Führerscheininhaber alle drei Jahre verpflichtend an einem Erste-Hilfe-Kurs teilnehmen muss. Führerscheinneulinge sollen in den ersten drei Jahren jedes Jahr einen solchen Kurs besuchen. Führerscheinneulinge sollen für diese Kurse einen Zuschuss erhalten, ebenso sozial schwache Führerscheininhaber.

Besondere Personengruppen (z.B. Sanitäter, Feuerwehrleute), die aufgrund besonderer persönlicher Merkmale schon regelmäßig Erste-Hilfe-Kurse besuchen, sind davon auszunehmen.



# Beschlussbuch

## SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011

Für die Verweigerung sind entsprechende §§ in der StVO einzufügen.

Annahme als Material

*Adressat*

Forum des SPD-Landesverbandes Niedersachsen "Nachhaltigkeit, neue Energien und Wirtschaft"

SPD-Landtagsfraktion

SPD-Bundestagsfraktion

---

### **Antrag Nr. Goo6**

#### **Familienhilfe**

Erledigt durch Beschlusslage

---

### **Antrag Nr. Goo7**

#### **Paritätische Selbstverwaltung in der gesetzlichen Sozialversicherung sicherstellen – keine Bevorzugung von Arbeitgebern!**

In der gesetzlichen Sozialversicherung gilt seit Jahrzehnten der Grundsatz der Selbstverwaltung und hieraus folgend die paritätische Besetzung der Selbstverwaltungsorgane. Grundlage dieser Besetzung ist die hälftige Aufteilung der Beiträge zu diesen Versicherungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gewesen. Seit geraumer Zeit wird dieser Grundsatz zumindest in der gesetzlichen Krankenversicherung durchbrochen.

Der Arbeitgeberanteil wurde eingefroren während die ArbeitnehmerInnen neben den Zusatzbeiträgen auch einen höheren prozentualen Anteil an den Beiträgen leisten. Solange dieses Ungleichgewicht besteht kann es keine paritätische Besetzung der Selbstverwaltungsgremien mehr geben. Die Arbeitnehmerseite zahlt höhere Beiträge und muss demzufolge auch einen höheren Stimmanteil haben.

Hauptforderung ist jedoch die Rückkehr zur solidarischen, hälftigen Zahlung der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung.

Annahme als Material

*Adressat*

SPD-Bundestagsfraktion

---

### **Antrag Nr. Goo8**

#### **Freigabe außerorts befindlicher Radwege für einspurige Kraftfahrzeuge, deren Höchstgeschwindigkeit auf 45 km/h beschränkt ist**

Ablehnung

# Beschlussbuch

## SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011

### I | Internationales

---

#### Antrag Nr. 1001

#### Zur Lage in Afghanistan: Von der militärischen Strategie abkehren!

Der Krieg in Afghanistan und die Stationierung ausländischer Truppen kann nur beendet werden, wenn es eine Abkehr von der militärischen Strategie gibt. Nur mit einem nachhaltigen Wiederaufbau, mit stabilen Strukturen vor Ort und eigener Sicherheit, können die Menschen in Afghanistan in Frieden leben. Wir fordern daher:

**1.**

Den Flüchtlingsschutz auszubauen. Den Fokus auf politische statt auf militärische Lösungen zu legen. Insbesondere den zivilen Ausbau zu forcieren und eine bessere Betreuung der Soldatinnen und Soldaten und ihrer Familien zu gewährleisten.

Wir schließen uns den Forderungen der SPD-Bundestagsfraktionen an, insbesondere fordern wir:

**2.**

Die afghanische Regierung beim Aufbau der nationalen und regionalen Verwaltung und bei der Korruptionsbekämpfung stärker zu unterstützen.

**3.**

Keine Änderungen am ISAF-Mandat und der Struktur des deutschen Kontingents vorzunehmen, die die Neuausrichtung des militärischen Engagements auf Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte in Frage stellt. Eine Erhöhung des Kontingents wird abgelehnt.

**4.**

Die Reduzierung der deutschen Truppen 2011 zu beginnen und den Bundeswehreinsatz im Rahmen von ISAF im Zeitrahmen bis 2014 zu beenden.

Die Bundestagsfraktion hat Anfang des Jahres erneut die Verlängerung des Afghanistan-Mandats bis in den Sommer zugestimmt. Das Mandat führt in dieser Form zu keinen zügigen Abzugsszenario. Die Zustimmung der Bundestagsfraktion ist daher schwierig mit ihren eigenen Abzugsterminen in Einklang zu bringen. Wir fordern daher:

**5.**

Die SPD-Bundestagsfraktion muss diesen und ihren eigenen Forderungen nachkommen und darf ein unverändertes Mandat nicht verlängern. Jedes Mandat, das den Beginn des Abzugs nach 2011 verlängert, muss abgelehnt werden.

Annahme

*Adressat*

SPD-Bundestagsfraktion

# **Beschlussbuch**

## **SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011**

### **K | Kommunal- und Landespolitik**

---

#### **Antrag Nr. K001**

##### **Zukunftsfähige Kommunen - solidarisch finanziert**

Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden aufgefordert, bei den verantwortlichen Gremien und Fraktionen darauf hinzuwirken, dass (...)

- die Arbeit der Gemeindefinanzkommission zeitnah zu einem Ergebnis kommt, indem die Forderung der kommunalen Spitzenverbände nach einer Verbreiterung der Gewerbesteuerbasis enthalten sind. Insbesondere Ausnahmetatbestände sind - soweit möglich - zu streichen.
- Wir wollen die Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer umbauen, durch die auch Freiberufler erfasst werden.
- die im kommunalen Finanzausgleich Niedersachsen erfolgten Kürzungen zurückgenommen werden.
- sie auf eine Streichung des Kooperationsverbotes im Grundgesetz hinwirken.
- eine Erweiterung des Konnexitätsprinzips dergestalt erfolgt, dass auch für bereits erfolgte Aufgabenübertragungen an die Kommunen die durch die Gesetzesänderungen verursachten Mehrkosten durch Bund oder Land zu übernehmen sind. Dazu müssen zukünftig in den Gesetzesentwürfen Mehrbelastungen für die Kommunen genau beziffert werden.
- dass die Möglichkeiten der gewerblichen Tätigkeiten im Bereich der Daseinsvorsorge uneingeschränkt erhalten bleiben.
- die durch das so genannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ bei den Kommunen entstandenen Einnahmeausfälle von jährlich 1,6 Milliarden vollständig kompensiert werden.
- Die Kommunen müssen wieder in die Lage versetzt werden, die Privatisierungen zu stoppen und die politische Kontrolle über privatisierte Einrichtungen zurück zu erlangen.  
Eine SPD geführte Landesregierung muss Maßnahmen durchführen, die den Trend zur Privatisierung umkehrt. Dazu müssen im SPD-Wahlprogramm für die Landtagswahlen konkrete Schritte aufgenommen werden.
- weiteren Steuersenkungen eine klare und endgültige Absage erteilt wird und die Landesregierung aufgefordert wird den entsprechenden Gesetzesvorhaben die Zustimmung im Bundesrat zu verweigern.  
Dies gilt insbesondere für Steuerarten, durch die die Kommunen unmittelbar über die Verteilungsquote betroffen, gleichzeitig aber von der Entscheidungsfindung ausgeschlossen sind.

Annahme

*Adressat*

SPD-Landtagsfraktion  
SPD-Bundestagsfraktion

---

#### **Antrag Nr. K002**

##### **Privatisierungen stoppen – Rekommunalisierung von Infrastruktur der Daseinsfürsorge ermöglichen**

Erledigt durch Annahme von K001

---

#### **Antrag Nr. K003**

##### **Finanzielle Situation der Kommunen**

Erledigt durch Annahme von K001

---

#### **Antrag Nr. K004**

##### **Let's talk about age – Kommunalwahl analysieren – Strukturen überprüfen**

Der SPD-Bezirk führt eine Analyse der Kommunalwahlergebnisse zum Zwecke der Optimierung der Personalentwicklung der SPD im kommunalen Bereich durch. Die Ergebnisse der Analyse werden im Bezirk diskutiert.

Annahme in geänderter Fassung

# **Beschlussbuch**

## **SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011**

*Adressat*  
Bezirksvorstand  
Bezirksbeirat

---

### **Antrag Nr. K005**

**Gewerbsteuer stärken – keine Kleinstateerei bei gemeindlichen Steuern!**

Erledigt durch Annahme von K001

# **Beschlussbuch**

## **SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011**

### **O | Organisationsfragen**

---

**Antrag Nr. 0001**

#### **Gemeinsame Finanz- und Personalplanung**

Die Satzungsbestimmung des Landesverbandes im § 11 der Landessatzung

„(1) Die Finanzierung des Landesverbandes erfolgt mit Zustimmung aller Bezirke. Der Landesverband verfügt über die ihm zur Verfügung stehenden Mittel in eigener Verantwortung.

(2) Der Landesverband Niedersachsen richtet als ständiges Gremium eine Personal- und Finanzkommission ein. Ihr gehören die Schatzmeisterinnen und Schatzmeister und leitenden Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer des Landesverbandes und der Bezirke in Niedersachsen an.

(3) Die Personal- und Finanzkommission hat die Aufgabe einer gemeinsamen Finanz- und Personalentwicklung für den Landesverband und die Bezirke in Niedersachsen. Die Wirtschaftspläne und mittelfristigen Finanzplanungen des Landesverbandes und der Bezirke sowie Stellenpläne sind in der Personal- und Finanzkommission vor der Beschlussfassung zu beraten und mit einer Empfehlung zu versehen.“

wird vom SPD-Bezirk Hannover als Verpflichtung und im Abschnitt (3) als Handlungsauftrag angesehen.

Annahme

*Adressat*  
Bezirksvorstand

**Beschlussbuch**  
**SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011**  
**S | Satzung**

---

**Antrag Nr. S001**

**Änderung des Organisationsstatuts des SPD-Bezirks Hannover**

Ablehnung

---

**Antrag Nr. S002**

**Stimmrecht für Vertreter/Innen der Arbeitsgemeinschaften**

Ablehnung

# Beschlussbuch

## SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011

### W | Allgemein

---

#### Antrag Nr. W001

#### Die Zukunft des Öffentlichen Personennahverkehrs sichern

Täglich nutzen rund 28 Mio. Menschen in Deutschland den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Das sind 15 Prozent mehr als noch im Jahr 2000. Das ÖPNV-Angebot ermöglicht gerade bei steigenden Kosten für den motorisierten Individualverkehr Mobilität für alle Bevölkerungsgruppen und damit die Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen. Er trägt in erheblichem Umfang zur Lebensqualität des Gemeinwesens bei und leistet einen erheblichen Beitrag zum Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen. Vor dem Hintergrund der Energiepreisentwicklung und des steigenden Umweltbewusstseins wird sein Anteil am Gesamtverkehrsaufkommen („Modal Split“) genau wie der Anteil des Radverkehrs in den kommenden Jahren weiter steigen.

Der Nahverkehr in Deutschland trägt spürbar eine sozialdemokratische Handschrift. Er ist ein wichtiger Bestandteil einer sozialen und ökologischen Stadt- und Regionalpolitik. Die SPD im Bezirk Hannover bekennt sich zu einem attraktiven Nahverkehr als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir setzen uns für den weiteren Ausbau und zusätzliche Attraktivitätssteigerungen ein. Unsere zentralen Ziele sind:

- Erhöhung der Kapazitäten im Nahverkehr zur Bewältigung der kontinuierlich steigenden Nachfrage und weitere Steigerung der Attraktivität und Fahrgastzahlen.
- Sicherung eines attraktiven und bedarfsgerechten ÖPNV-Angebots auch im ländlichen Raum. Ausbau und Revitalisierung von schienengebundenen Angeboten in der Fläche.
- Entwicklung neuer kombinierter Verkehrskonzepte für Großstadtregionen unter Einbeziehung von Verkehrslenkung und Parkraumbewirtschaftung.
- Intelligente Verknüpfung des ÖPNV-Angebots mit anderen Verkehrsträgern und Erhöhung der Aufenthaltsqualität in Fahrzeugen und Stationen.
- Qualitative Verbesserung der Nahverkehrsangebote für verschiedene Zielgruppen (Barrierefreiheit, Fahrgastinformation in Echtzeit, elektronische Auskunft und Ticketing).
- Verstärkter Einsatz moderner und energiesparender Fahrzeuge (z. B. Hybridbusse) zur weiteren Reduzierung des Energieverbrauchs und der Emissionen.

Um diese Ziele erreichen zu können, müssen sowohl die Finanzierung des ÖPNV als auch die Steuerungsfähigkeit der öffentlichen Hand dauerhaft sichergestellt werden.

#### 1. Sicherstellung der Finanzierung und Wirtschaftlichkeit

Rund die Hälfte der öffentlichen Zuschüsse für den Öffentlichen Personennahverkehr werden heute vom Bund und den Ländern bereitgestellt. Diese Mittel nach dem **Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)** aus dem Mineralölsteueraufkommen werden zur Finanzierung von Investitionen (Fahrzeugbeschaffungen, Verkehrsanlagen und Schieneninfrastruktur) genutzt. Sie sind die Grundlage für das ÖPNV-Angebot, wie wir es heute kennen. Mit Ausnahme des GVFG-Bundesprogramms, das 335 Mio. Euro jährlich umfasst und zur Finanzierung von Großprojekten über 50 Mio. Euro förderfähigem Gesamtvolumen gedacht ist, werden die Mittel durch die Bundesländer verwaltet. Nach dem Entflechtungsgesetz erhalten die Länder jährlich 1.335,5 Mio. Euro für GVFG-Landesprogramme. Daneben stehen den Aufgabenträgern Mittel aus dem Regionalisierungsgesetz („Regionalisierungsmittel“) zur Bestellung von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und zur Förderung des ÖPNV zur Verfügung.

Für den Zeitraum nach 2014 bzw. 2019 müssen diese wichtigen ÖPNV-Finanzierungsinstrumente neu geregelt werden. Dabei gilt für uns der Grundsatz, dass wir das bisherige Finanzierungsvolumen für den ÖPNV und die übrige kommunale Verkehrsinfrastruktur auf bisherigem Niveau dauerhaft sichern wollen. Damit sollen die Qualität und die Verkehrssicherheit der bisherigen Strukturen sowie der Ausbau vorbildlicher ökologischer Verkehrskonzepte in der Zukunft ermöglicht werden.

Daneben fordern wir ein Sonder-Investitionsprogramm des Landes zur Erneuerung von Fahrzeugflotten im ÖPNV für die ökologische Modernisierung und zur Verbesserung der Qualität (z. B. Barrierefreiheit).

#### a) GVFG-Mittel

Das Auslaufen der GVFG-Finanzierung im Jahre 2019 ist die größte Gefahr für die heutige Qualität und Angebotsvielfalt im ÖPNV. Es ist rein finanzpolitisch motiviert und gefährdet die erforderlichen kommunalen Verkehrsweginvestitionen. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns für eine Verlängerung der Bundes- und Landesförderung über das Jahr 2019 hinaus in bisheriger Höhe ein. Diese Mittel sollen entsprechend der allgemeinen Preissteigerung

# **Beschlussbuch**

## **SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011**

dynamisiert werden. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass Übergangsregelungen getroffen werden, die einen Abbruch der Finanzierung für laufende Projekte im Jahr 2019 verhindern.

Die Bundesländer sind in der Verantwortung für eine dauerhafte und verlässliche Finanzierung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur einschließlich des ÖPNV. Für den ÖPNV ist dabei eine Zusammenführung von Aufgaben- und Finanzverantwortung in den Händen der Aufgabenträger sinnvoll, die den bisherigen „Dualismus“ zwischen ÖPNV-Aufgabenträgerschaft und staatlichen Mittelbehörden bei der Erteilung von Liniengenehmigungen nach dem Personenbeförderungsgesetz ablöst.

Auch in Niedersachsen soll über das Jahr 2013 hinaus die Zweckbindung der Entflechtungsmittel für den Verkehr sichergestellt werden, um Investitionsmittel für die Straßen-, ÖPNV- und Radwegeinfrastruktur dauerhaft zu sichern. Hierzu ist dringend eine gesetzliche Regelung erforderlich.

### **b) Regionalisierungsmittel**

Der Verantwortungsübergang für den schienengebundenen Nahverkehr (Regionalzüge und S-Bahnen) auf die Länder im Zuge des Regionalisierungsgesetzes hat sich bewährt. Die jährliche Zahl der Fahrgäste hat sich zwischen 1994 und 2007 von 1,5 auf 2 Mrd. gesteigert, die Zahl der Zugkilometer um ein Drittel. In der Folge des Koch-Steinbrück-Papiers zum so genannten „Subventionsabbau“ wurden die Regionalisierungsmittel jedoch ab 2006 um zwei Prozent, vier Prozent und acht Prozent gekürzt, erst seit 2009 steigen sie wieder jährlich um 1,5 Prozent. Das Land Niedersachsen hat diese Mittelkürzung im Gegensatz zu anderen Bundesländern nur geringfügig kompensiert, so dass das ÖPNV-Angebot in vielen Regionen Niedersachsens beschnitten wurde.

Für das Jahr 2014 ist eine Überprüfung der Höhe und der Verteilung der Mittel vorgesehen. In diesem Zusammenhang ist sicherzustellen, dass den Ländern ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Zudem muss eine jährliche Dynamisierung auf Basis der realen Kostenentwicklung anstelle der bisherigen 1,5 Prozent p. a. erfolgen.

### **c) Wirtschaftlichkeit**

Eine hohe Wirtschaftlichkeit wird im ÖPNV vor allem durch eine gute Auslastung, intelligente Steuerung und eine Optimierung von Strecken und Abläufen erreicht. Dies setzt eine hohe Qualität und Verlässlichkeit, den Erhalt der regionalen ÖPNV-Kompetenz sowie eine engere Zusammenarbeit zwischen den Aufgabenträgern voraus. Wir wehren uns gegen Versuche, Flächentarifverträge zu unterlaufen und einen Wettbewerb über Lohndumping zu organisieren. Auch im Nahverkehr muss gelten: Jede und jeder muss vom eigenen Arbeitseinkommen ohne zusätzliche Transferleistungen leben können.

Die kommunalen steuerlichen Querverbünde, bei denen Stadtwerke-Gewinne mit Verlusten aus dem ÖPNV verrechnet werden können, leisten einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung von Nahverkehrs-Angeboten. Aus diesem Grunde setzen wir uns für den Erhalt und die gesetzliche Absicherung dieses Instruments ein.

Nicht nur in den Regionen, die in den kommenden Jahren schrumpfende Bevölkerungszahlen aufweisen werden, wird der wirtschaftliche Druck auf den Nahverkehr weiter zunehmen. Deshalb müssen Wirtschaftlichkeits- und Attraktivitätspotenziale durch eine engere Kooperation der verschiedenen Aufgabenträger erschlossen werden. Dazu können übersichtliche und durchgehende Tarife im Rahmen größerer Verkehrsverbünde, neue landkreisübergreifende Linienangebote, bessere Umsteigemöglichkeiten und überregionale Informationssysteme beitragen. In Regionen mit sinkender Bevölkerungszahl wird sich ein attraktives Nahverkehrssystem nur aufrechterhalten lassen, wenn der Anteil des ÖPNV am gesamten Verkehrsaufkommen spürbar erhöht wird.

Dort wo ÖPNV-Leistungen nicht mehr wirtschaftlich oder nur unter großen Belastungen für das Gesamtnetz erbracht werden können, können ehrenamtliche Initiativen wie Bürgerbusse sinnvolle und passgenaue Angebote für den flächendeckenden ÖPNV. Wir begrüßen jedes ehrenamtliche Engagement vor Ort, das zu mehr ÖPNV-Angeboten führt und individuelle und nachfrageorientierte Fahrleistungen bietet. Wir wollen solche Initiativen besonders fördern – allerdings nur dort, wo durch ehrenamtliche ÖPNV-Leistungen keine regulären sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in Gefahr geraten. Wir setzen dabei auf den Konsens zwischen kommunaler Politik, örtlichen Verkehrsunternehmen und den Beschäftigten im ÖPNV.

## **2. Sicherstellung der demokratischen Steuerungsfähigkeit**

Wir setzen uns für die dauerhafte Sicherung der regionalen Steuerungsfähigkeit im europäischen Recht und Bundesrecht ein. Dies beinhaltet das demokratische Recht, vor Ort zu entscheiden, ob und welche Verkehre in Ei-



## **Beschlussbuch**

### **SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011**

genregie durch kommunale Unternehmen betrieben und welche Verkehre im Wettbewerb vergeben werden. Es darf keinen Vorrang für privatwirtschaftliche Verkehre geben, die „Rosinenpickerei“ betreiben und nur ausgewählte und lukrative Strecken bedienen, während sich die öffentliche Hand ausschließlich um die Sicherstellung defizitärer Strecken kümmert.

Die regionalen Aufgabenträger müssen auch weiterhin das Recht erhalten, für einen einheitlichen ÖPNV zu sorgen, um die Wirtschaftlichkeit des Gesamtsystems und die Übersichtlichkeit für die Fahrgäste zu sichern. Einheitliche Tarife und starke Verkehrsverbünde sind zusammen mit leistungsfähigen kommunalen Verkehrsunternehmen die Voraussetzung für einen attraktiven und wachstumsorientierten Nahverkehr.

Annahme in geänderter Fassung

*Adressat*

Zur Bearbeitung in den Bezirksvorstand  
SPD-Bundestagsfraktion

---

#### **Antrag Nr. Woo2**

##### **Antrag zur Synchronisierung der Leiharbeit**

Der SPD-Bezirk Hannover spricht sich für ein Verbot der Synchronisation der Arbeitnehmerüberlassung in der Leiharbeit aus.

Annahme

*Adressat*

SPD-Landtagsfraktion  
SPD-Bundestagsfraktion

---

#### **Antrag Nr. Woo3**

##### **Bezahlung der Arbeitnehmer in der Arbeitnehmerüberlassung**

Der Bezirksparteitag Hannover setzt sich für eine gesetzliche Regelung ein, in der die Bezahlung des Arbeitnehmers in der Arbeitnehmerüberlassung auf dem geliehenen Arbeitsplatz bei 100 Prozent des üblichen Arbeitslohnes der Festbeschäftigten liegt.

Annahme

*Adressat*

Bundesparteitag

---

#### **Antrag Nr. Woo4**

##### **Güterverkehr von der Straße auf die Schiene**

Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, sich für eine Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene einzusetzen. Alle vorhandenen Trassen sollen genutzt werden.

Annahme als Material

*Adressat*

SPD-Landtagsfraktion  
SPD-Bundestagsfraktion

# **Beschlussbuch**

## **SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011**

---

### **Antrag Nr. Wo05**

#### **Schluss mit der Privatisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Sozialisierung von Verlusten - Bewahrung der kommunalen Entsorgungsverantwortung in der Kreislaufwirtschaft**

Bei der Umsetzung der Europäischen Abfallrahmenrichtlinie in deutsches Recht muss den gewachsenen kommunalen Entsorgungsstrukturen, der Verpflichtung der Kommunen zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge vor Ort und ihrer Verantwortung gegenüber den Abfallgebührenzählern Rechnung getragen werden:

1. Langfristige Investitionen der Kommunen in ihre Entsorgungsinfrastruktur dürfen nicht entwertet werden. Planungssicherheit sorgt für Gebührenstabilität.
2. Über die Hausmüllfassung muss vor Ort entschieden werden. Die Regelung von Erfassungssystemen muss wie bisher durch die Kommunalvertretungen vor Ort entschieden werden. Dort liegt auch die Gebührenverantwortung.
3. Der desolate Zustand der Verpackungsentsorgung kann nur durch eine Stärkung der kommunalen Verantwortung vor Ort verbessert werden.
4. Abfälle aus privaten Haushalten sind der Kommune zu überlassen. Gewerbliches „Rosinenpicken“ schadet allen Gebührenzählern. Die Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht mit Gebühren belastet werden, weil die lukrativen Bestandteile des Abfalls durch Private verwertet werden, während die Kommunen lediglich die unverwertbaren Abfälle zu entsorgen haben.

Annahme

*Adressat*  
Bundesparteitag

# **Beschlussbuch**

## **SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011**

### **W | Agrarpolitik, Verbraucherschutz**

---

#### **Antrag Nr. Woo6**

##### **EU-Agrarreform 2013 - Mehr Nachhaltigkeit in der Agrarpolitik**

Die Landwirtschaft verursacht einen erheblichen Anteil der klimaschädlichen Emissionen und trägt eine besonders große Verantwortung für den anhaltenden Verlust der Artenvielfalt. Die Hauptbelastungen gehen dabei auf die Intensivierung der Agrarproduktion zurück. Umweltverbände fordern daher, dass in Zukunft Klimaschutz und der Erhalt der Artenvielfalt deutlich stärker in die Agrarpolitik integriert werden.

Ziel muss eine multifunktionale Landwirtschaft sein, die den Schutz von Biodiversität und Klima integral in jedem Betrieb berücksichtigt. Dafür bedarf es eines erheblichen Ausbaus der sog. zweiten Säule der EU-Agrarpolitik für ländliche Entwicklung und Agrarumweltmaßnahmen:

1. Honorierung des Beitrags bäuerlicher Betriebe zum Erhalt der Kulturlandschaft und des ländlichen Raumes. Dabei sind Arbeitsintensivität und Arbeitsplatzverlust zu berücksichtigen. Die Förderung der regionalen Verarbeitung und Vermarktung ist erheblich zu verbessern.
2. Verbesserung der Bewirtschaftungsstandards durch Anpassung des landwirtschaftlichen Fachrechts bzw. der guten fachlichen Praxis (Verbot von Grünlandumbruch, ausgeglichene Hoftorbilanz für Stickstoff, Verschärfung der Fruchtfolgevorgaben).
3. Wesentliche Teile der Finanzmittel aus der ersten Säule der europäischen Agrarfinanzen sind in die zweite Säule umzuschichten und die Agrarpolitik am Prinzip „Öffentliche Mittel für öffentliche Güter“ auszurichten.
4. Festlegung von ökologischen Vorrangflächen (z.B. Hecken, Blühstreifen, Feldraine, Wasserbiotope, Extensivgrünland, Gewässerrandstreifen) auf jedem landwirtschaftlichen Betrieb als Voraussetzung für den Erhalt von Direktzahlungen (Cross Compliance).
5. Entwicklung neuer Fördertatbestände im Bereich des Klima- und Naturschutzes wie z.B. Moorschutzprogramme, Umweltberatung, extensive Weidehaltung oder Natura 2000-Ausgleichszahlungen.
6. Ausrichtung von Agrarumweltprogrammen auf ökologische Effizienz, ihre Klimarelevanz sowie die Förderung einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Landwirtschaft auf regionaler Ebene
7. Steigerung des Flächenanteils des ökologischen Landbaus durch die Weiterentwicklung einer gezielten Förderung.
8. Konsequente Umsetzung, wie Überwachung und Prüfung der bestehenden Gesetze und Verordnungen hinsichtlich des Natur-, Tier- und Umweltschutzes durch die zuständigen Ämter und Behörden. Bei Verstößen sind Sanktionen ohne Ansehen der Person des Verursachers konsequent durchzusetzen.

Weiterleitung als Material an die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Bundestagsfraktion

#### *Adressat*

SPD-Landtagsfraktion  
SPD-Bundestagsfraktion

---

#### **Antrag Nr. Woo7**

##### **Erzeugung und Vermarktung von Lebensmitteln wirksam kontrollieren**

Im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger ist der gesamte Prozess der Erzeugung und Vermarktung sämtlicher Lebensmittel wirksam zu kontrollieren. Den unlauteren und zum Teil sogar kriminellen Machenschaften bei der Herstellung und Vermarktung von Lebensmitteln muss Einhalt geboten werden.

Das Land Niedersachsen muss daher die rechtlichen und personellen Voraussetzungen für wirksamere Kontrollen von Betrieben der Lebensmittelbranche schaffen, damit die Verbraucherinnen und Verbraucher besser geschützt werden und die gesetzestreuen Betriebe keine Wettbewerbsnachteile erleiden.

# Beschlussbuch

## SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011

Die SPD-Landtagsfraktion wird daher gebeten, die Landesregierung aufzufordern, das zuständige Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (Laves) personell wesentlich zu verstärken. Die Lebensmittelkontrollen der Landkreise müssen vom Land personell besser unterstützt werden.

Annahme

Adressat

SPD-Landtagsfraktion

---

### Antrag Nr. Woo8

#### Gesunde Ernährung – gesunde Landwirtschaft

Die Agrarwirtschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend gewandelt. Mehr als 60 Prozent der Fläche in Niedersachsen werden landwirtschaftlich genutzt. In Niedersachsen werden mehr als die Hälfte aller Hähnchen, Puten und Kartoffeln deutscher Herkunft erzeugt. Jedes dritte Schwein, jedes dritte Ei, jede vierte Zuckerrübe, jedes vierte Stück Butter, jedes fünfte Rind und ein Fünftel der deutschen Milch kommen aus Niedersachsen.

Gerade in Niedersachsen hat sich die Landwirtschaft also enorm verändert. Während die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe drastisch gesunken ist, haben sich ihre Größe und ihre Produktivität enorm erhöht. Sie haben sich spezialisiert und bedienen differenzierte Märkte.

Die zunehmende Strukturveränderung in der Landwirtschaft verdeutlicht sich insbesondere in den vielfältigen Produktionsmethoden. Niedrige Lebensmittelpreise und hoher Kostendruck und die starke Konkurrenz durch den Energiepflanzenanbau prägen den Alltag der Landwirte.

Und diese Veränderungen werden auch zunehmend nach außen sichtbar. Die Anbauflächen für Energiepflanzen nehmen zum Teil dramatisch zu, in einigen Regionen gibt es eine regelrechte „Vermassung“ der Landschaft. Der Anbau von Lebensmitteln wird zurückgedrängt. Das bestehende Planungsrecht gibt den Kommunen nicht mehr ausreichende Steuerungsmöglichkeiten beim Bau von Biogas- und Großstallanlagen. Tierschutzanforderungen werden in Teilen der Nutztierhaltung nicht mehr eingehalten. Die Belastung von Wasser und von Böden nimmt zu.

Die Debatten und Skandale der letzten Jahre zeigen die Grenzen dieser Produktionsweisen deutlich auf.

Viele Menschen sind nicht nur verunsichert und besorgt über die Sicherheit von Lebensmitteln. Sie sehen mit großer Skepsis auf die Entwicklungen in der Futtermittel-, Agrar- und Ernährungswirtschaft. Sie setzen sich mit den dabei entstandenen Strukturen und Verflechtungen kritisch auseinander.

Sie werfen mit Recht immer stärker Fragen zur ethischen und moralischen Grundsatzfragen auf.

Wir brauchen daher dringend einen umfassenden und systematischen gesellschaftlichen Diskurs über Grundlinien, gewünschte Entwicklungsziele, erforderliche Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für die gesamte Wertschöpfungskette der Lebensmittelwirtschaft.

In diesen Dialog müssen Vertreterinnen und Vertreter aus allen relevanten Bereichen eingebunden werden. Dazu gehören die Landwirtschaft, die Gewerkschaften, der Umwelt- und Tierschutz sowie der Verbraucherschutz. Aber auch kirchliche und kommunale Vertreter müssen mit einbezogen werden.

Ziel muss es sein, das europäische Agrarmodell einer flächendeckend wirtschaftenden und multifunktional ausgerichteten Landwirtschaft in Niedersachsen zu erhalten, bei einer deutlichen Stärkung des Ökolandbaus.

Wir werden Sorge dafür tragen, dass in Niedersachsen in Zukunft sowohl im konventionellen wie im ökologischen Bereich Lebensmittel produziert werden, die hohen Qualitätsstandards entsprechen und eine gesunde Ernährung ermöglichen.

Wir unterstützen eine bäuerliche Landwirtschaft, die in möglichst hofnahen Kreisläufen wirtschaftet, in die Region und die ländliche Gemeinschaft eingebunden ist und deren Handeln auf die Sicherung der Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen ausgerichtet ist.

# Beschlussbuch

## SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011

Wir setzen uns für starke und lebenswerte ländliche Räume ein, in denen vielfältig strukturierte landwirtschaftliche Unternehmen eine der wirtschaftlichen Säulen darstellen.

Annahme

*Adressat*

Bezirksvorstand  
Landesparteitag  
Bundesparteitag

---

### **Antrag Nr. Woog**

#### **Verbraucherpolitik stärken für gute und sichere Lebensmittel**

Vor dem Hintergrund aktueller Ereignisse, insbesondere aus den Dioxinskandal, bei dem in Niedersachsen die eklatanten Mängel im Kontrollsystem und im Informationsfluss der zuständigen Behörden untereinander einerseits und zum Verbraucher andererseits sichtbar wurden, muss die Verbraucherpolitik durch eine Stärkung der Verbraucherrechte und Verbraucherinformationen ausgebaut werden. Verbraucherpolitik muss sich an Kriterien der Qualität, Transparenz und Sicherheit messen lassen.

Auf der Klausurtagung des SPD- Landesvorstandes mit dem Fraktionsvorstand der Landtagsfraktion und den Bundestagsabgeordneten vom 3. bis 5. Februar 2011 wurde der Beschluss gefasst, eine Arbeitsgruppe unter dem Arbeitstitel „Gesunde Ernährung- gesunde Landwirtschaft“ einzurichten mit dem Ziel, eine Positionsbestimmung der SPD zur Verbraucher- und Landwirtschaftspolitik für das Landeswahlprogramm zu entwickeln.

Der Unterbezirk Celle mischt sich mit diesem Antrag in die Debatte der Arbeitsgruppe ein:

Unser Leitbild ist die/der aufgeklärte und selbstbewusste Verbraucherin/ Verbraucher, die /der selbst bestimmt, welche Produkte sie/er kaufen will und dabei gute Möglichkeiten hat, sich über Beschaffenheit, Herkunft und Produktionsbedingungen zu informieren. Mit ihrer Kaufentscheidung gestalten Verbraucherinnen und Verbraucher den Markt aktiv mit. In diesem Sinne ist Verbraucherpolitik eine von der Nachfrageseite her betrachtete Wirtschaftspolitik.

#### **1.Sichere Lebensmittel- informierte Verbraucherinnen und Verbraucher**

Völlig zu Recht haben Verbraucherinnen und Verbraucher Ansprüche an die Produkte ihrer Wahl. In Ihrer Rolle als Beteiligte im Wirtschaftskreislauf bestimmen sie durch ihr Kaufverhalten auch die Angebotsseite mit. Sie haben zu Recht Ansprüche nach gesunden, sicheren und bezahlbaren Lebensmitteln, formulieren aber auch ethische Kriterien an die Erzeugung und Produktion von Lebensmitteln in Bezug auf den Tierschutz oder die Arbeitsbedingungen. Mangelnde Information über die Qualität und die Beschaffenheit eines Produktes kann Dumpingpreisen Vorschub leisten, wenn der Preis das einzige entscheidende Kriterium ist, weil man die anderen Kriterien nicht kennt. Hier gilt es, durch eine offensive Bewerbung von Qualitätskriterien die Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage zu versetzen, mehr als nur den Preis in die Kaufentscheidung einzubeziehen und Kriterien der guten Arbeit mit fairen Löhnen (von der Produktionsstätte bis in den Einzelhandel) und Kriterien des Tierschutzes sichtbar zu machen.

##### *1.1.Lebensmittelkontrollen*

Die SPD wird die Lebensmittelsicherheit in Niedersachsen deutlich verbessern und ausbauen, indem sie

- a. die staatlichen Kontrollen durch die Landesbehörde für Lebensmittelsicherung (LAVES) verbessert. Dies wird sowohl quantitativ wie qualitativ geschehen. Entsprechende Standards für Kontrollen und ihre Veröffentlichung sind sicherzustellen. Zur Finanzierung müssen Betriebe Gebühren entrichten, die aus einer zu erstellenden Gebührenordnung hervorgehen;
- b. die Kommunen bei der Umsetzung ihrer Kontrollen in den Gewerbeaufsichtsämtern unterstützt durch intensive Beratungen durch das LAVES;
- c. eine regelmäßige Berichterstattung über Umfang und Ergebnisse der Kontrollen sowohl auf der Landes- wie auch auf der kommunalen Ebene einführen wird.

##### *1.2. Nachhaltiger Konsum*

Die SPD setzt sich für einen nachhaltigen Konsum ein, bei dem Verbraucherinnen und Verbraucher ihre Kaufentscheidung an qualitativen Standards festmachen können wie

## Beschlussbuch

### SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011

- a. Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Landwirtschaft, der Lebensmittelproduktion und der Lebensmittelketten in Bezug auf angemessene Bezahlung, Tarifstrukturen, aber auch an Bedingungen des Gesundheitsschutzes (Waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Produktion schädlichen Stoffen ausgesetzt?);
- b. Umweltauswirkungen der Produkte (CO<sub>2</sub>-Emissionen, Transportwege, Herstellungsmethoden).

#### 1.3. Verbraucherinnen- und Verbraucherinformation

Die SPD wird die Information für Verbraucherinnen und Verbraucher ausbauen mit dem Ziel einer umfangreichen Nachvollziehbarkeit von Produkten und Testergebnissen. Hierzu werden wir

- a. im Rahmen des Verbraucherinformationsgesetzes (VIG) die Veröffentlichungspflichten festschreiben und eine Veröffentlichung eines jeden Tests unabhängig vom Ergebnis einer Prüfung in Lebensmittelbetrieben, der Landwirtschaft, in Lebensmittelmärkten, aber auch der Gastronomie etc. vornehmen. Ferner eine bundesweite Warnplattform fordern;
- b. die sog. Smiley- Kennzeichnung in Gaststätten und Restaurants als sichtbares Kontrollergebnis für die Verbraucherinnen und Verbraucher einführen;
- c. die Verbraucherzentrale Niedersachsen finanziell so ausstatten, dass sie den anfallenden Beratungsbedarf und den Beratungsthemen gerecht werden kann. Die Aufstockung soll durch die Deutsche Stiftung Verbraucherschutz und durch Bußgelderlöse und Kartellstrafen im Lebensmittelbereich erfolgen.

#### 1.4. Verbraucherinnen- und Verbraucherbildung

Die SPD wird eine gezielte Verbraucherbildung entwickeln und einführen, indem sie

- a. die Verbraucherzentrale und andere Akteure mit der Entwicklung von Kampagnen zur Aufklärung beauftragen;
- b. die Einführung eines Schulfaches „Verbraucherbildung“ prüft, in dem es neben dem Erlernen von gesunder Ernährung, Herkunft und Gebrauch von Lebensmitteln oder dem Besuch von Produktionsstätten, auch um Inhalte eines ökonomischen Verständnisses (Vertragswesen, Datenschutz, Finanzierungsgrundkenntnisse, Versicherungswesen etc.) gehen wird;
- c. die Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale Beratungs- und Fortbildungsangebote zur Verbraucherbildung in Betrieben entwickeln lässt. Diese sollen auch im Bereich der Altersvorsorge, Schuldnerberatung, Ernährungsberatung etc. angesiedelt sein.

## 2. Landwirtschaft der Zukunft

Aus unserem Leitbild Verbraucherpolitik lässt sich auch die Zukunft der Landwirtschaft ableiten. Wie muss eine Landwirtschaft aussehen, die die von Verbraucherinnen und Verbrauchern nachgefragten Produkte liefern kann? Eine an der Nachhaltigkeit orientierte Landwirtschaft kann nicht bei einer Intensivtierhaltung, die eine artgerechte Haltungsform unmöglich macht, gelingen. Eine solche Massentierhaltung führt zu überdüngten Böden und massiven Umweltproblemen (u.a. Nitrat und Pestizide im Grundwasser). Großschlachthöfe wie den in Wietze, der eine agrarindustrielle Massentierhaltung nach sich zieht, lehnen wir ab.

Eine industrielle Landwirtschaft schafft auch keine erstrebenswerten Arbeitsplätze, sondern wird zumindest teilweise mit Dumpinglöhnen umgesetzt. Eine Landwirtschaft der Zukunft muss den Landwirten eine auskömmliche Existenz sichern, den Tierschutz in den Mittelpunkt der Tierhaltung stellen und ihrem Anteil an der Entwicklung des ländlichen Raumes und der Gestaltung der Lebensqualität auch außerhalb der Landwirtschaft Rechnung tragen.

Die SPD wird daher bewusst der Entwicklung ländlicher Räume eine Priorität einräumen und eine Landwirtschaft der Zukunft gezielt durch Gesetzesänderungen zur Eindämmung von Intensivtierhaltungsanlagen, zur Verbesserung des Tierschutzes, zur Einkommenssituation von Landwirten und zur besseren Unterstützung der bäuerlichen Landwirtschaft gestalten, indem sie

- a. Änderungen am Baugesetzbuch im § 35 Abs.1 Ziff. 1 und 4 vornimmt und Massentierhaltungsanlagen von der Privilegierung ausschließt;
- b. im Immissionsschutzgesetz die Bestandsobergrenzen an Mastplätzen für die Genehmigungen deutlich senkt und somit die VDI- Richtlinie 4250 (Bioaerosole, Keime) stärker Berücksichtigung finden kann;
- c. das Tierschutzgesetz und die Nutztierverordnung weiterentwickelt und Standards im Hinblick auf die Tiergesundheit (Schwänze kupieren bei Schweinen, Enthornung, Medikamenteneinsatz, Schnäbel kupieren, Qualzucht etc.) und das Tierverhalten (Verhaltensstörungen wie Kannibalismus, nicht-artgerechte Haltungsverfahren wie Vollspaltenböden oder Käfige etc.) setzt;
- d. sich dafür einsetzt, dass sich die Subventionspolitik auf EU- Ebene, Bundes- und Landesebene sich an Kriterien bemisst, die einer flächendeckend wirtschaftenden und multifunktional ausgerichteten Landwirtschaft, die dem Ziel einer ressourcenschonenden Produktionsweise im Sinne des Nachhaltigkeitsprinzips verpflichtet ist;
- e. die bäuerliche Landwirtschaft und den Ausbau des Ökolandbaus, die in möglichst hofnahmen Kreisläufen wirtschaften und in die Region eingebunden sind, deutlich vorantreibt.
- f. dafür Sorge trägt, dass den Landwirten mehr Anteile an den Verkaufserlösen ihrer Produkte zu gute kommen.

# **Beschlussbuch**

## **SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011**

Annahme

*Adressat*

SPD-Landtagsfraktion  
SPD-Bundestagsfraktion

# **Beschlussbuch**

## **SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011**

### **INI | Initiativanträge**

---

#### **Antrag Nr. IN1001**

#### **„Gute Pflege für alle - wertvolle Pflege sichern“**

Die 1995 geschaffene eigenständige Pflegeversicherung wird in die auf dem Bundesparteitag zu beschließende Bürgerversicherung Gesundheit überführt. Die unsolidarische, einseitige Finanzierung der bisherigen Pflegeversicherung ist aufzuheben.

Die bisher bestehende Finanzierung der Pflegeversicherung wird schrittweise an die Beitragsgestaltung der GKV herangeführt bis zur Einführung einer Bürgerversicherung Gesundheit und Pflege mit einer einheitlichen Beitragsbemessung.

#### **1.**

##### **Pflege wertschätzen**

Helfende Berufe haben in Deutschland einen geringen Stellenwert. Nach wie vor haben in unserem Land Dienstleistungen an Maschinen ein höheres Sozialprestige als Dienstleistungen am Menschen. Das Lohnniveau eines Mechatronikers ist höher als das einer Altenpflegerin. Wer Karriere machen und viel Geld verdienen will, geht heute nicht in einen Pflegeberuf.

In Niedersachsen wird trotz schlechter Rahmenbedingungen nach wie vor gute Pflege geleistet. Das ist den engagierten und motivierten pflegenden Angehörigen und den Mitarbeiter/innen in der Pflege zu verdanken. Werden die Rahmenbedingungen nicht schnell und dauerhaft verbessert, ist die gute Pflege akut gefährdet.

#### **2.**

##### **Gute Pflege für alle bedeutet:**

- im Mittelpunkt stehen die Würde und Selbstbestimmung der pflegebedürftigen Menschen,
- Orientierung an den Bedürfnissen der zu Pflegenden und ein wertschätzender Umgang,
- gewissenhafte und zuverlässige Pflegekräfte,
- qualifizierte und motivierte Fachkräfte

#### **3.**

##### **Nachhaltige Aufwertung der Pflegeberufe – Fachkräftemangel bekämpfen**

Bereits heute bestehen erhebliche Probleme ausreichend Mitarbeiter/innen für die Pflege zu gewinnen. In Niedersachsen fehlen gegenwärtig 3000 Pflegekräfte, 2020 werden schon 30.000 Pflegekräfte allein in Niedersachsen fehlen.

Dieser Bedarf kann nur mit professionellen, engagierten und angemessen entlohnten Beschäftigten gedeckt werden. Die Chancen der ab dem 1. Mai 2011 geltenden vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union mit Blick auf die gesteuerte Zuwanderung qualifizierter Pflegefachkräfte müssen genutzt werden. Allerdings zu den in Deutschland geltenden tariflichen und arbeitsrechtlichen Bedingungen. Nur so kann eine weitere Abwärtsspirale in der Bezahlung und der Ausbeutung von Pflegekräften verhindert werden.

Zur nachhaltigen Aufwertung der Pflegeberufe muss das Land Niedersachsen unter Einbindung der Pflegevertragspartner folgende Maßnahmen ergreifen:

- Einrichtung einer unabhängigen Schiedsorganisation (Patientenbeauftragte/r/Schlichtungsstelle) für das Leistungsrecht der Kranken- und Pflegeversicherung.
- Anerkennung der tariflichen Entlohnung in der Altenpflege zur Beendigung der Dumpinglohnspirale in der Pflegebranche.
- Einführung einer solidarischen Umlagefinanzierung der Ausbildungsvergütung in der Altenpflegeausbildung.
- Komplette Schulgeldfreiheit für alle Altenpflegeschüler/innen ab dem Schuljahr 2011.
- Offensive Nutzung der Umschulungsmöglichkeiten in der Altenpflege durch
  - dreijährige Umschulung bei gleichzeitiger finanzieller Unterstützung durch die Bundesagentur für Arbeit,
  - Umschulung und Weiterbildung auch ohne weitere Zertifizierung in den anerkannten Altenpflege- und Berufsfachschulen.



# Beschlussbuch

## SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011

### 4. Wertvolle Pflege – Pflegequalität steigern

Eine menschenwürdige Pflege ist nicht zum Nulltarif zu haben.

Die chronische Unterfinanzierung und damit einhergehende ungerechte Entlohnung des Fachpersonals ist kein niedersächsisches Spezifikum. Dennoch sind insbesondere tarifgebundene Träger von Pflegeeinrichtungen vor allem in Niedersachsen massiv in ihrer Existenz bedroht, was mit den besonders schlechten Rahmenbedingungen in Niedersachsen zusammenhängt. Allein im Jahre 2010 haben 16 Pflegeeinrichtungen einen Insolvenzantrag gestellt.

Unter Einbindung der Vertragsparteien in der Pflege muss das Land Niedersachsen deshalb einen Kurswechsel mit folgenden Kernpunkten vollziehen:

- Erhöhung der Pflegesätze in Niedersachsen über eine Konvergenzphase auf mindestens den durchschnittlichen Pflegesatz der westdeutschen Bundesländer.
- Ausrichtung der Preisbildung in der Pflege an der tatsächlichen landesweiten Auslastung. (Unterstellt 95 Prozent - tatsächlich 80 bis 85 Prozent)
- Rücknahme der Kürzungen der Landesmittel für die Kurzzeitpflege in Höhe von sechs Millionen Euro.
- Anwendung der Personalanhaltszahlen für Pflege und Verwaltung wie in anderen westlichen Bundesländern (z. B. Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg).
- Schaffung eines modernen niedersächsischen Heimrechtes, das die Wahlfreiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Heimbewohner/innen gewährleisten. Heimbewohner/innen dürfen nicht gegen ihren Willen in Zweibett- und Mehrbettzimmern untergebracht werden. Auch die Kommunen haben als Hauptkostenträger eine besondere Verantwortung für die Qualität der Pflege. Nur so kann der Verbraucherschutz zugunsten von Pflegebedürftigen und deren Angehörigen gestärkt werden.
- Pflegeberatungen des Sozialhilfeträgers müssen deshalb neutral sein. Einzelne Einrichtungen dürfen nicht begünstigt werden. Ein flächendeckendes Netz an qualifizierter und unabhängiger Beratung ist erforderlich. Sie sind sinnvollerweise in die bereits arbeitenden bzw. geplanten Pflegestützpunkte zu integrieren.
- Gesetzliche Absicherung bei gleichzeitiger Flexibilisierung der Fachkräftequote in den Pflegeeinrichtungen
- Lösung vom herkömmlichen Heimbegriff. Der bisherige Heimbegriff bildet nicht den Schutzbedarf alternativer Wohnformen ab, sondern ist vom Fürsorgegedanken dominiert.

#### 4.2.

Förderung alternativer Wohnformen (Wohngemeinschaften, Servicewohnen, etc.) Anspruch auf umfassende, unabhängige Pflegeberatung.

- Stärkung des gesetzlichen Schutzes je nach dem Grad der individuellen strukturellen Abhängigkeit der Bewohner von Einrichtungen.
- Die Stufung des staatlichen Schutzes je nach Schutzinteresse der pflegebedürftigen Menschen durch Differenzierung und Flexibilisierung der Aufsichtstätigkeit ist zu erweitern.

### 5. Forderungen an die Bundesebene

#### 5.1.

Neudefinition des Pflegebegriffs

Der geltende Pflegebedürftigkeitsbegriff des SGB XI ist mit seiner ausschließlich auf den Hilfebedarf bei Alltagsverrichtungen ausgerichteten Beurteilungsbasis nicht mehr zeitgemäß. Der heutige Pflegebedürftigkeitsbegriff berücksichtigt bei der Begutachtung nur unzureichend die spezifischen Bedürfnisse von Kindern und Menschen mit psychischen und kognitiven Beeinträchtigungen.

Notwendig ist ein Paradigmenwechsel zu einer ganzheitlichen Betrachtung des pflegebedürftigen Menschen mit seinem Recht auf Selbstbestimmung und Teilhabe und den damit notwendigen Veränderungen der Pflege in Deutschland.

Konkret heißt das:

- Gewährung eines klar definierten Bestandsschutzes gegenüber den Pflegebedürftigen, die nach jetzigem Recht Leistungen aus der Pflegeversicherung beziehen.
- Verbesserung des Zusammenspiels und der Durchlässigkeit der einzelnen Systeme, z. B. der ambulanten und stationären Versorgung.

## **Beschlussbuch**

### **SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011**

- Ablösung der bisher drei Pflegestufen durch mehrere Bedarfsgrade, die sich an dem Grad der Selbstständigkeit der pflegebedürftigen Menschen orientieren.
- Erweiterung des Begriffs der Pflege im Steuerrecht auf Grundlage des jeweils in der Pflegeversicherung geltenden Pflegebegriffs.

5.2.

Überwindung der Schnittstellenproblematik zwischen Kranken- und Pflegeversicherung sowie der Hilfe- und Versorgungsplanung, die heute häufig zulasten der Pflegebedürftigen geht.

5.3.

Anerkennung des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) als Eingangsvoraussetzung für die Altenpflegeausbildung.

5.4.

Erhalt der Steuerfreiheit für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschläge.

5.5.

Zusammenführung einer Grundausbildung von Alten-, Kranken- und Gesundheitspflege und mehr Durchlässigkeit in den Pflegeberufen.

5.6.

Schnelle und unbürokratische Anerkennung gleichwertiger ausländischer Berufsqualifikationen, Rechtsanspruch auf Feststellung der im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen sowie finanzielle Fördermöglichkeiten für erforderliche Nachschulungen,

5.7.

Einstellung und Bezahlung ausländischer Pflegefachkräfte zu den Bedingungen des hiesigen Tarifrechts,

5.8.

Garantie und Weiterentwicklung des Mindestlohns in der Pflegebranche über das Jahr 2012 hinaus.

5.9.

Stärkung des Verbraucherschutzes zugunsten von Pflegebedürftigen und Angehörigen durch Transparenz, Vergleichbarkeit, Zertifizierung und Qualitätsmanagement.

5.10.

Mehr Zeit für die tatsächliche menschliche Zuwendung.

Es bedarf ausreichender Zeit für Anleitung, Pflege und Versorgung durch die Pflegefachkräfte.

5.11.

Stärkung der häuslichen Pflege durch Anpassung des Pflegegeldes an die ambulanten Pflegestufen. Die Anpassung stärkt das Engagement der pflegenden Angehörigen, unterstützt den gesetzlichen Auftrag „ambulant vor stationär“ und sichert die tarifliche Entlohnung von Pflegekräften.

5.12.

Erweiterte Verwendungsmöglichkeiten des zusätzlichen Pflegebetrags von 200 Euro für Demenzkranke, um eine eigene Pflegekraft einzustellen.

5.13.

Anpassung der Höhe des Pflegegeldes an die Höhe für professionelle Pflegedienste, um erweiterte Möglichkeiten zur Einstellung einer privaten, tarifgerecht entlohnten Pflegekraft zu schaffen.

5.14.

Bürokratieabbau in der Pflege u.a. durch Überprüfung der Dokumentationspflichten und Bündelung der unabgestimmten und zersplitterten Aufsichtsaktivitäten, Reduzierung der turnusgemäßen Besuche des Medizinischen Dienstes in den Pflegeeinrichtungen auf alle drei Jahre.

5.15.

Tatsächliche Durchsetzung des Rechtsanspruchs „Reha vor Pflege“ bis ins hohe Alter.

# **Beschlussbuch**

## **SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 18. Juni 2011**

### **6. Die solidarische Finanzierung des Pflegerisikos sichern**

Die Pflegeversicherung wurde 1995 als „Teilkaskoversicherung“ eingeführt, deren Leistungen und Finanzierung seitdem im Wesentlichen festgeschrieben wurden. Mittlerweile ist die Pflegeversicherung dramatisch unterfinanziert. Wurde sie vor 16 Jahren u.a. eingeführt, um das Abgleiten der Pflegebedürftigen in die Sozialhilfe zu verhindern – und damit auch die kommunalen Haushalte zu entlasten, wird dieses Ziel heute immer weniger erreicht.

Aus den erkennbar zusätzlichen Aufgaben in der Pflege muss eine bedarfsgerechte Finanzierung der Pflegeversicherung folgen.

Letztlich muss es um die Rückkehr zu den Finanzierungsgrundsätzen gehen, wie sie bei der Einführung der Pflegeversicherung zugrunde gelegt wurden:

- Die Pflegeversicherung zahlt für die laufenden Versicherungsleistungen
- die Länder unterstützen mit eigenen Finanzmitteln den investiven Bereich,
- Durchsetzung einer Landesrahmenplanung für die Pflege und der verbindliche Aufbau kommunaler Pflegebedarfspläne, um eine zielgenaue und bedarfsgerechte Investitionskostenförderung durch das Land sicherzustellen.
- Überkapazitäten vermeiden und Fehlanreize verhindern.

Die SPD will eine offene und tabulose Debatte über die verschiedenen Finanzierungsinstrumente der Pflegeversicherung. Wir lehnen eine Privatisierung des Pflegerisikos und eine Privilegierung von Spitzenverdienern ab.

Bis zur Umsetzung des sozialdemokratischen Modells einer solidarischen Bürgerversicherung auch in der Pflege stehen folgende Finanzierungsinstrumente zur Verfügung:

1. Erhöhung des Beitrages zur Pflegeversicherung,
2. stärkere Steuerfinanzierung der Pflegeversicherung, z.B. durch Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt bei gleichzeitiger Entlastung der kommunalen Haushalte.
3. Kombination aus Beitragserhöhung und stärkerer Steuerfinanzierung.

Annahme in geänderter Fassung

*Adressat*

Material an die SPD-Landestagsfraktion (Pflegekampagne)  
Kommission "Pflege" des Parteivorstandes